



# BDI

Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.

## LÄNDERBERICHT USA

# Die US-Präsidentschaftswahlen 2016: Ein Land vor der Schicksalsfrage

18/10/2016

- Die **US-Wirtschaft** wuchs im **zweiten Quartal 2016 auf das Jahr gerechnet um 1,4 Prozent**. Der IWF korrigierte seine Prognose für das Gesamtjahr nach dem Brexit-Votum im Vereinigten Königreich und dem schwachen ersten Halbjahr für die US-Wirtschaft nach unten auf 1,6 Prozent.
- Der **Arbeitsmarkt bleibt stabil**. Der **US-Immobilienmarkt** entwickelt sich weiterhin insgesamt **positiv**. Die **US-Energiepreise** haben sich etwas **erholt**. Dennoch belasten sie die Wirtschaft weiterhin, zusammen mit dem starken US-Dollar, der die Exporte bremst.
- Dem US-amerikanischen Kongress gelang es kurz vor Ende des Haushaltsjahres 2016, sich auf eine **temporäre Weiterfinanzierung des Haushalts bis zum 9. Dezember** zu einigen. Langfristig gibt die Entwicklung der Staatsschulden Grund zur Sorge, sollten die USA es nicht schaffen, die Einnahmen zu steigern und die Ausgaben zu senken.
- Am 8. November finden **Kongress- und Präsidentschaftswahlen** statt. Die demokratische Präsidentschaftskandidatin **Clinton** hat **deutlich überzeugendere Pläne zur Ankurbelung der Wirtschaft** vorgelegt als ihr republikanischer Kontrahent. Sie will in die Infrastruktur investieren und die erneuerbaren Energien fördern. Trumps Pläne sind teilweise erschreckend. Er setzt auf Abschottung und die Stärkung des Binnenmarktes. Er will Steuern umfassend senken, erklärt jedoch nicht, wie dies finanziert werden soll. In der Handelspolitik zeigen sich **beide Kandidaten kritisch gegenüber Handelsabkommen**, insbesondere gegenüber der Transpazifischen Partnerschaft, und greifen so eine weit verbreitete Stimmung in der Gesellschaft auf. Trump argumentiert jedoch noch weitaus protektionistischer und isolationistischer als Clinton. Sollte er seine Pläne umsetzen können, würden Handelskriege mit China und Mexiko drohen.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Wirtschaftliche Lage</b> .....	<b>3</b>
Wirtschaftswachstum .....	3
Sparquote und Konsum .....	4
Investitionsquote.....	5
Arbeitslosigkeit .....	5
Immobilienmarkt .....	6
Staatsschulden/ Haushaltsdefizit.....	6
Außenhandel .....	7
Energiedaten .....	7
Wechselkurs des US-Dollars.....	8
<b>Sonderschwerpunkt: Die US-Präsidentenwahlen</b> .....	<b>9</b>
Making America Great Again? Die wirtschaftspolitischen Wahlprogramme von Hillary Clinton und Donald Trump im Vergleich .....	9
Die „Trump Card“ – Ein Erklärungsversuch des Erfolges von Präsidentschaftskandidat Donald Trump.....	18
In den USA wird gewählt: Was hat Deutschland zu erwarten? Fünf Fragen an Dr. Stormy-Annika Mildner, Leiterin der Abteilung Außenwirtschaftspolitik des BDI und B20-Sherpa .....	22
<b>Quellenverzeichnis</b> .....	<b>26</b>
<b>Impressum</b> .....	<b>29</b>

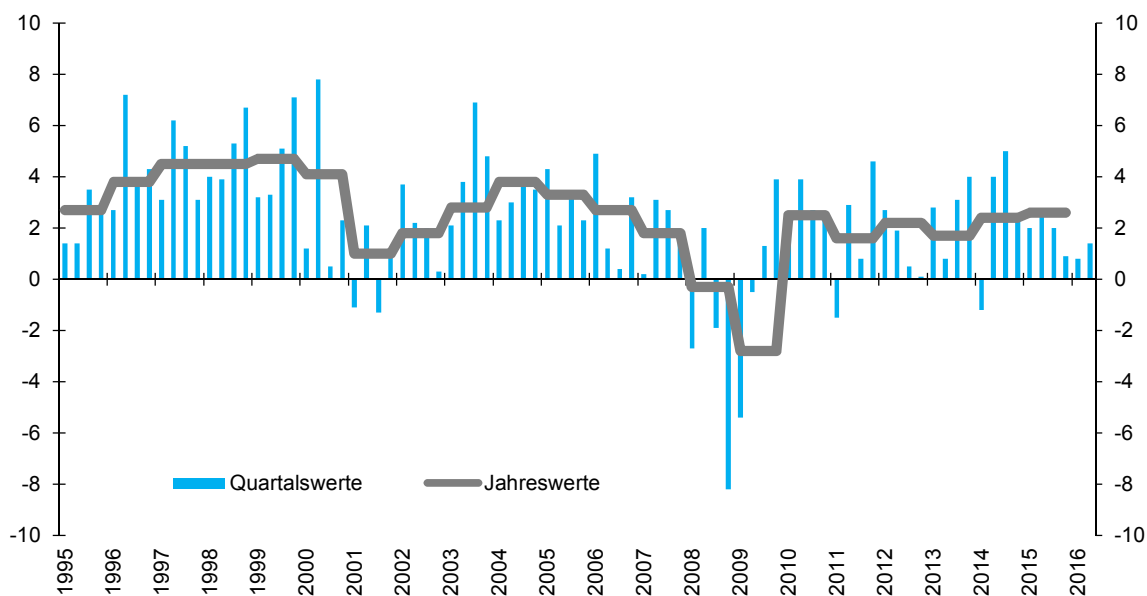
## Wirtschaftliche Lage

### Wirtschaftswachstum

Die US-Wirtschaft wuchs laut der dritten Schätzung des *U.S. Bureau of Economic Analysis* (BEA) im zweiten Quartal 2016 auf das Jahr gerechnet um 1,4 Prozent, im Vergleich zu 0,8 Prozent im ersten Quartal. Im zweiten Quartal 2016 trugen laut dem BEA private Konsumausgaben, Anlageinvestitionen und Nettoausfuhren positiv zum BIP-Wachstum bei. Schwächere private Lagerinvestitionen, Investitionen in Immobilien sowie öffentliche Ausgaben auf Bundesstaaten- und lokaler Ebene dämpften hingegen das Wachstum.

Wie erwartet hat sich das Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Jahresbeginn somit erholt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) korrigierte seine Prognose für das Gesamtwachstum 2016 der USA nach dem schwachen ersten Halbjahr und dem Brexit-Votum in seiner Schätzung vom Oktober 2016 gegenüber der Prognose von April 2016 deutlich nach unten, von 2,4 Prozent auf 1,6 Prozent. Durch das Brexit-Votum erwartet der IWF negative Auswirkungen für die US-Wirtschaft, die jedoch durch die nach wie vor expansive Geldpolitik der Fed etwas abgeschwächt werden. Der starke US-Dollar und geringere Investitionen im Energiesektor aufgrund niedriger Energiepreise bremsen das Wachstum weiterhin. Für 2017 erwartet der IWF, dass letztere Effekte etwas nachlassen und das Wachstum bei 2,2 Prozent liegen wird.

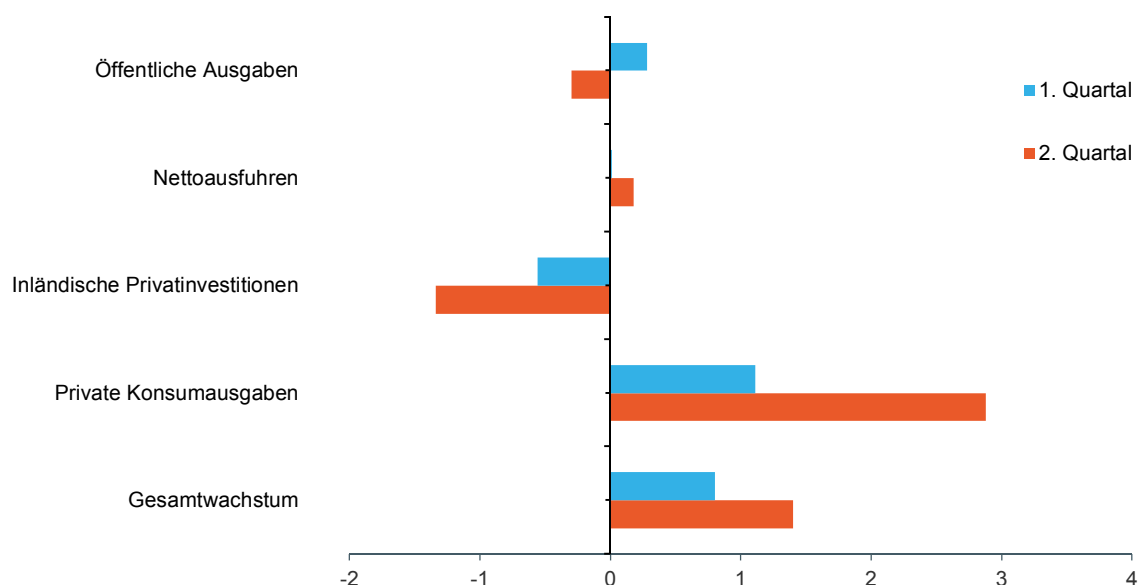
#### Reales Wachstum des BIP in Prozent, 1995 - 2016



Quelle: U.S. Bureau of Economic Analysis



## Beitrag zum BIP-Wachstum in Prozent, 1. und 2. Quartal 2016



Quelle: U.S. Bureau of Economic Analysis



## Sparquote und Konsum

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg zwischen dem ersten und zweiten Quartal 2016 von \$13,81 Billionen auf \$13,95 Billionen auf das Jahr gerechnet. Die privaten Haushalte sparten im zweiten Quartal 2016 auf das Jahr gerechnet etwas weniger als im ersten Quartal: Die Sparquote, also der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen, sank von 6,1 Prozent auf 5,7 Prozent. Der Anteil des Konsums am verfügbaren Einkommen stieg gleichzeitig von 90,5 auf 91 Prozent. Die Verbraucher sind zuversichtlich und haben Vertrauen in den Arbeitsmarkt. Dies spiegelt auch der *Consumer Confidence Index* des Forschungsinstituts Conference Board wider: Der Index erreichte im September seinen Höchststand seit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Der private Konsum leistete im zweiten Quartal auch einen wichtigen Beitrag zum BIP-Wachstum.

Die Gesamtverschuldung der privaten Haushalte lag laut der *Federal Reserve Bank of New York* im zweiten Quartal 2016 bei \$12,29 Billionen und stieg somit leicht gegenüber dem ersten Quartal (um \$35 Milliarden / +3 %). Sie liegt 3,1 Prozent unterhalb des Höchststandes vom dritten Quartal 2008, war jedoch zwischenzeitlich schon deutlich niedriger: Seit dem 2. Quartal 2013 ist die private Verschuldung wieder um 10,2 Prozent gewachsen.

Die Immobilienverschuldung macht weiterhin etwa 72 Prozent der Gesamtverschuldung der privaten Haushalte aus. Die Studentendarlehen nahmen leicht ab und haben einen Anteil von 10,2 Prozent. Darauf folgen Autokredite (9%), Kreditkartenschulden (5,9%) und andere Arten von Schulden (2,9%). Für den Anstieg der Gesamtschulden gegenüber dem ersten Quartal sind Autokredite und Kreditkartenschulden verantwortlich: Autokredite wuchsen von \$1,071 Billionen auf \$1,103 Billionen (+3 %), Kreditkartenschulden von \$712 Milliarden auf \$729 Milliarden.

## Investitionsquote

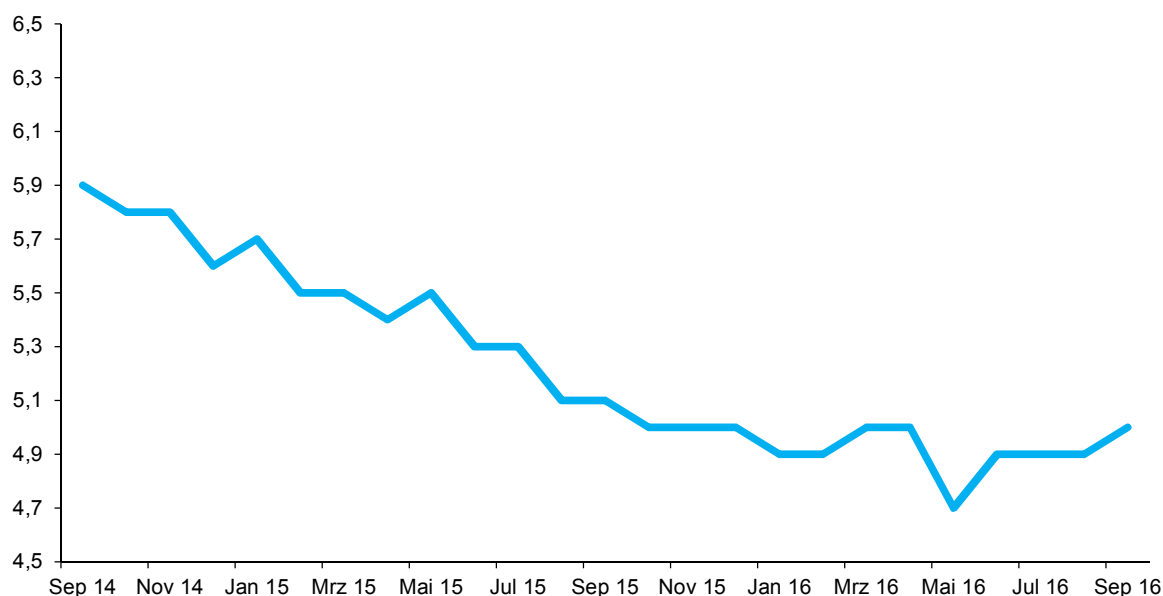
Die Unternehmen scheinen etwas weniger zuversichtlich zu sein als die Verbraucher oder warten die wirtschaftliche Entwicklung zumindest derzeit noch ab. Die Investitionsquote, also der Anteil der privaten Investitionen am BIP, ging im zweiten Quartal 2016 weiter zurück, von 16,6 Prozent im Vorquartal auf 16,2 Prozent. Ein wichtiger Grund hierfür sind weiterhin die niedrigen Energiepreise, die für einen Aufschub der Investitionen in der Öl- und Gasindustrie sorgten. Darüber hinaus sorgen die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen für Unsicherheit bei den Unternehmen.

## Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit lag im September bei 5,0 Prozent und stieg somit um 0,1 Prozentpunkten gegenüber Juni, Juli und August. Im Mai hatte die Arbeitslosenrate mit 4,7 Prozent den niedrigsten Wert seit 2007 erreicht. Im September wurden 156.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Dass die Arbeitslosenrate trotzdem leicht stieg, liegt daran, dass sich mehr Menschen als arbeitssuchend meldeten. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen – also derjenigen, die seit mindestens 27 Wochen arbeitslos sind – war in den Sommermonaten Juni und Juli leicht gestiegen und sank im September wieder leicht auf knapp unter 2 Millionen. Vor einem Jahr, im September 2015, waren es noch rund 2,1 Millionen Langzeitarbeitslose gewesen. Langzeitarbeitslose machten im September 2016 24,9 Prozent aller Arbeitslosen aus. Die durchschnittliche Arbeitslosendauer lag bei 27,5 Wochen. Die Partizipationsrate, also der Anteil derjenigen, die einen Arbeitsplatz haben oder aktiv auf Arbeitssuche sind, war im ersten Quartal auf 63 Prozent gestiegen und sank danach wieder leicht. Im September betrug sie 62,9 Prozent. Insgesamt liegt die Partizipationsrate weiterhin deutlich unter dem Vorkrisenniveau von rund 66 Prozent (2007).

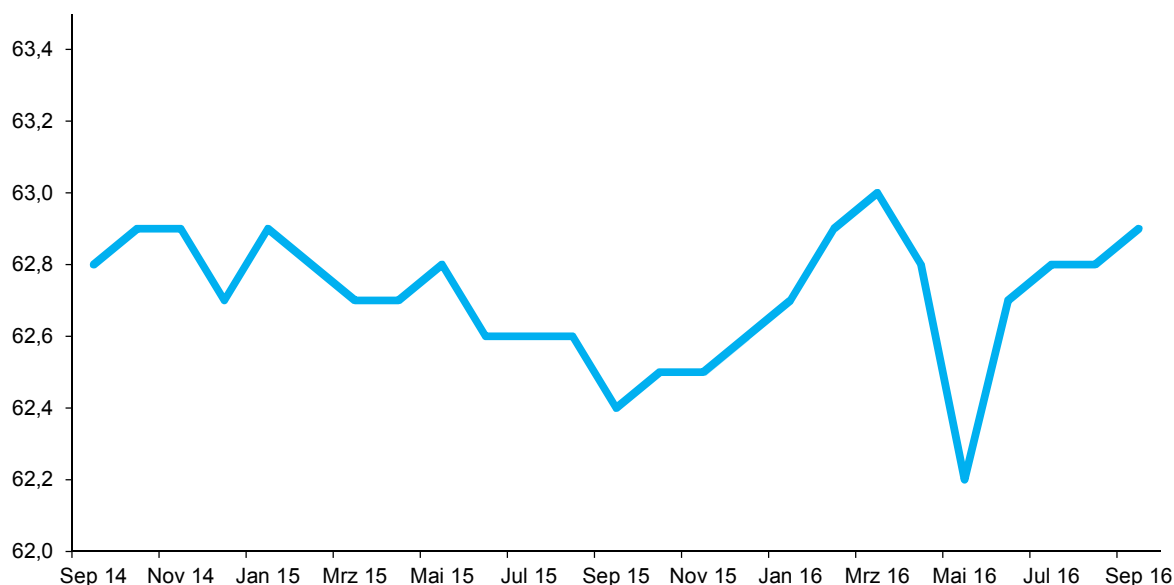
Die niedrige Arbeitslosigkeit deutet auf einen robusten Arbeitsmarkt hin, auch wenn Volkswirte vor der Veröffentlichung der September-Zahlen mit leicht besseren Werten gerechnet hatten.

### Arbeitslosenquote in Prozent, September 2014 - September 2016



Quelle: Bureau of Labor Statistics

## Partizipationsrate in Prozent, September 2014 - September 2016



Quelle: Bureau of Labor Statistics



### Immobilienmarkt

Der US-amerikanische Immobilienmarkt zeigte sich im ersten Quartal 2016 stabil. Die Zahl der Baubeginne lag insgesamt (saisonbereinigt und auf das Jahr gerechnet) um 1,1 Prozent höher als im vierten Quartal 2015 und um 16,3 Prozent höher als im Vorjahresquartal. Wenn man nach Ein- und Mehrfamilienhäusern trennt, zeigt sich, dass die Zahl der Baubeginne bei Mehrfamilienhäusern zwar im Vergleich zum Vorquartal um 6,9 Prozent zurückging auf 343.000 Einheiten. In Bezug auf Einfamilienhäuser stieg die Zahl der Baubeginne jedoch um 4,8 Prozent auf 791.000. Dies ist der höchste Stand seit dem vierten Quartal 2007. Mehrfamilienhäuser sind nach der Definition des *Department of Housing and Urban Development* (HUD) Häuser mit fünf oder mehr Wohneinheiten; Häuser mit zwei bis vier Wohneinheiten werden in den Berichten des HUD nicht explizit erwähnt. Die Zahl der im Bau befindlichen Häuser stieg gegenüber dem vierten Quartal 2015 um 18.000 Einheiten und lag damit bei insgesamt 994.000 (+ 1,8 %) (diese Zahl ist nicht auf das Jahr gerechnet).

Die Verkäufe neuer Einfamilienhäuser stiegen gegenüber dem Vorquartal (saisonbereinigt und auf das Jahr gerechnet) um 4,7 Prozent und im Vergleich zum Vorjahresquartal um 2 Prozent auf rund 532.000 Einheiten. Verkäufe bereits existierender Einfamilienhäuser und -wohnungen stiegen im Vergleich zum vierten Quartal 2015 um 1,9 Prozent und im Vergleich zum ersten Quartal 2015 um 5 Prozent.

Die Hauspreisindizes *S&P/Case Shiller Index* und der Index der *Federal Housing Finance Agency* betrachten die Entwicklung der Preise wiederholt verkaufter Immobilien. Beide Indizes zeigen, dass die Immobilienpreise im ersten Quartal 2016 leicht gestiegen sind – um 1,5 Prozent beziehungsweise um 1,3 Prozent im Vergleich zum vierten Quartal 2015. Im ersten Quartal dieses Jahres lag der *S&P/Case Shiller Index* bei 178,8 Punkten. Die langsame, aber positive Entwicklung des US-Immobilienmarktes setzt sich somit fort.

### Staatsschulden/ Haushaltsdefizit

Das Haushaltsjahr 2016 ging am 30. September zu Ende. Dem US-amerikanischen Kongress gelang es kurz zuvor, sich per sogenannter *Continuing Resolution* auf eine temporäre Weiterfinanzierung des Haushalts bis zum 9. Dezember zu einigen. Zum Ende des Haushaltsjahres lagen die Staatsschulden (*gross federal debt*)

nach Schätzungen der US-Regierung bei \$19,4 Billionen (105,2 % des BIP). Die von der Öffentlichkeit gehaltenen Schulden (*debt held by the public*) beliefen sich auf 76,5 Prozent des BIP. Das Haushaltsdefizit betrug demnach 3,3 Prozent des BIP. Die Staatsschuldengrenze ist noch bis März 2017 ausgesetzt. Diese Zahlen beruhen auf den Angaben des zum Weißen Haus gehörenden *Office of Management and Budget* (OMB).

Das *Congressional Budget Office* (CBO) veröffentlichte im Juli seine Haushaltsprognosen für die nächsten Jahrzehnte. Das CBO legt seinen Berechnungen die aktuelle Gesetzgebung zugrunde. Demnach erwartet das CBO, dass die Ausgaben – beispielsweise für die Rentenversicherung (*Social Security*), die Krankenversicherung für ältere und behinderte Menschen (*Medicare*) und Schuldzinsen der Regierung – deutlich stärker steigen werden als die Einnahmen. Hauptgrund ist die alternde Bevölkerung, verbunden mit einer höheren Lebenserwartung. Prognostiziert wird ein Anstieg der von der Öffentlichkeit gehaltenen Schulden auf 86 Prozent im Jahr 2026 und 141 Prozent im Jahr 2046. Somit würden die Schulden den historischen Höchststand von 106 Prozent im Nachkriegsjahr 1946 überschreiten. Wie sich der Staatshaushalt tatsächlich entwickeln wird, hängt von der Politik der nächsten Jahre ab. Welche Pläne die US-Präsidentenwahlkandidaten für die Haushalts- und Steuerpolitik haben, ist ab S. 11 zu lesen.

### Außenhandel

Die Exporte von Waren und Dienstleistungen waren im ersten (\$539 Milliarden) und zweiten Quartal 2016 (\$546 Milliarden) schwach, was auf den starken US-Dollar zurückzuführen ist. Zum Vergleich: Im letzten Jahr hatten die Exporte durchschnittlich \$565 Milliarden pro Quartal betragen. Wichtigstes einzelnes Zielland für US-amerikanische Warenexporte war im zweiten Quartal 2016 Kanada mit einem Volumen von \$67,5 Milliarden. Insgesamt exportierten die USA in diesem Zeitraum Waren im Wert von \$67,7 Milliarden in die Europäische Union. Bei den US-Warenimporten rangierte China weiterhin mit deutlichem Abstand (Importvolumen von \$111,3 Milliarden) auf Platz eins.

Im zweiten Quartal 2016 betrug das US-Handelsbilanzdefizit (Waren und Dienstleistungen) laut dem BEA rund \$125 Milliarden, blieb damit im Vergleich zum Vorquartal fast unverändert. Die Bilanz im Dienstleistungshandel ist traditionell positiv. Für den Warenhandel ergab sich ein Defizit von \$187 Milliarden. Der größte Anteil am Warenbilanzdefizit entfiel auf China (\$83,1 Milliarden), sank aber im Vergleich zum ersten Quartal 2016 (\$91,0 Milliarden). Der zweitgrößte Anteil entfiel auf die Europäische Union (\$37,1 Milliarden, davon allein Deutschland: \$17,1 Milliarden), gefolgt von Japan (\$17,4 Milliarden) und Mexiko (\$16,8 Milliarden).

### Energiedaten

Die US-Energiepreise haben sich nach Angaben der *U.S. Energy Information Administration* (EIA) im zweiten Quartal 2016 etwas erholt, nachdem sie im Jahresverlauf 2015 und im ersten Quartal 2016 deutlich eingebrochen waren. Der Strompreis im Energiesektor stieg zwischen dem ersten und zweiten Quartal 2016 von \$0,064 auf \$0,067 pro Kilowattstunde. Für den restlichen Jahresverlauf erwartet die EIA laut ihrem *Short-Term Energy Outlook* vom September 2016 einen weiteren leichten Anstieg der Preise.

Auch die Preise für Erdgas sind wieder leicht gestiegen, von \$2,0 pro Million British Thermal Units (Henry-Hub-Preis) im ersten Quartal 2016 (\$2,0) auf \$ 2,14. Die EIA erwartet, dass der Preis bis Jahresende deutlicher steigt auf knapp \$2,8.

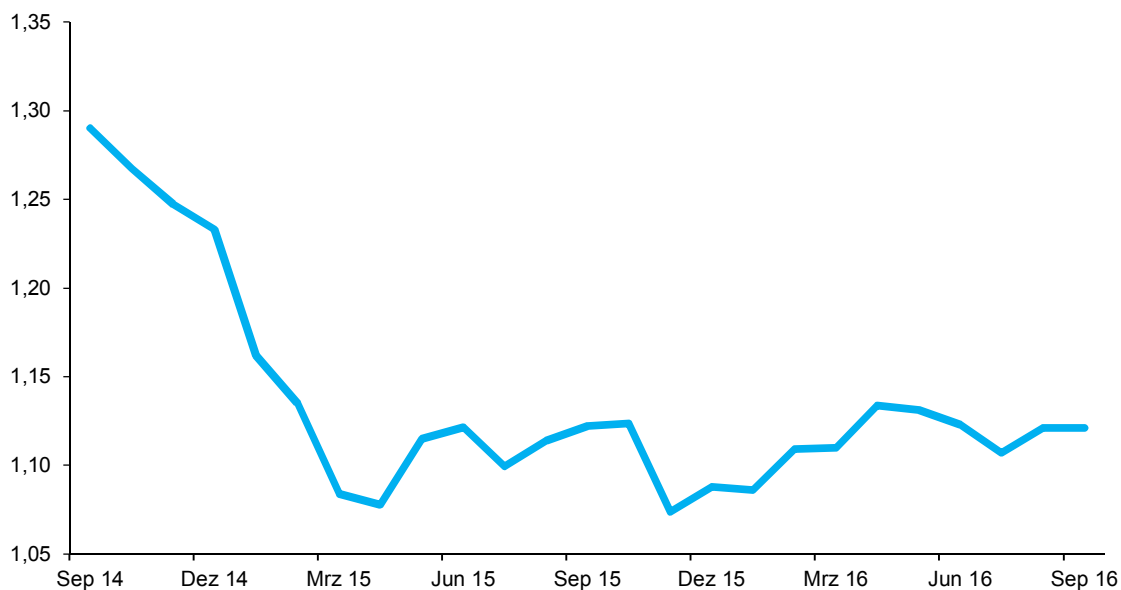
Der Ölpreis hat sich ebenfalls etwas erholt. Der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte *West Texas Intermediate* (WTI) stieg zwischen dem ersten und zweiten Quartal 2016 um \$12 auf rund \$45. Die EIA erwartet, dass sich der Ölpreis bis zum Jahresende bei etwa \$44 einpendeln wird. Gleichzeitig folgte die US-amerikanische Rohölproduktion dem Trend vom letzten Jahr und ging weiter zurück, auf 9,17 Millionen Barrel pro Tag im ersten Quartal und 8,85 Millionen Barrel pro Tag im zweiten Quartal. Für den restlichen Jahresverlauf erwartet die EIA einen anhaltenden Rückgang.

Die *Organization of the Petroleum Exporting Countries* (OPEC) konnte sich Ende September überraschend darauf einigen, die Ölfördermenge zu drosseln. Eine solche Einigung hatte es zuletzt vor acht Jahren gegeben. Allerdings soll die Fördermenge nur gering gesenkt werden, von 33,2 Millionen Barrel pro Tag auf 32,5 bis 33 Millionen Barrel pro Tag. Die Investmentbank Goldman Sachs schätzt nun, dass der Ölpreis bis zur Jahresmitte 2017 um sieben bis zehn US-Dollar steigen könnte. Allerdings bestehen Zweifel daran, dass die OPEC ihren Beschluss auch tatsächlich umsetzen wird, und sich die Mitglieder im nächsten Schritt an die vereinbarten Mengen halten werden. Darüber, welche Förderquoten für welches OPEC-Mitglied gelten sollen, soll erst beim nächsten OPEC-Treffen am 30. November diskutiert werden.

### Wechselkurs des US-Dollars

Der US-Dollar ist weiterhin stark. Im September 2016 lag der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar bei durchschnittlich \$1,12. Der Euro leidet nach wie vor unter expansiven Geldpolitik der EZB und der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in vielen Ländern der Eurozone. Die US-Notenbank *Federal Reserve* (Fed) deutet dagegen weiterhin eine Anhebung des US-Leitzinses in den nächsten Monaten an. Das Britische Pfund nahm nach dem Brexit-Votum gegenüber dem US-Dollar deutlich ab, von durchschnittlich 1,45 Pfund pro US-Dollar im Mai (im Monat vor dem Votum) auf 1,31 Pfund pro US-Dollar im Juli, August und September. Der japanische Yen konnte dagegen weiter an Stärke gegenüber dem US-Dollar gewinnen.

#### Dollar pro Euro, monatlicher Durchschnitt



Quelle: Bundesbank



## Sonderschwerpunkt: Die US-Präsidentenwahlen

### Making America Great Again? Die wirtschaftspolitischen Wahlprogramme von Hillary Clinton und Donald Trump im Vergleich

Mitte August stellten die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton und ihr republikanischer Konkurrent Donald Trump erstmals ihre wirtschaftspolitischen Programme vor. Den Ort dafür wählten sie nicht zufällig: Beide hielten ihre Reden in der Automobilmetropole Detroit im Bundesstaat Michigan. Michigan ist Teil des *Rust Belt* (Rostgürtel). Der Strukturwandel der US-Wirtschaft und die De-Industrialisierung zeigen sich in Städten wie Detroit besonders deutlich. Michigan ist einer der *Swing States* in den Wahlen. Noch ist also offen, wie hier gewählt wird – kein Wunder, dass die Kandidaten hier besonders intensiv für sich werben.

Beide Kandidaten haben mittlerweile ihre wirtschaftspolitische Agenda konkretisiert. Trumps Programm, das in vielen Aspekten vage bleibt, lässt jedoch nach wie vor keine klare Linie erkennen. Er schließt zwar an die Wirtschaftspolitik von Ronald Reagan und George W. Bush an. Er will die Wirtschaft durch Bürokratieabbau und Steuersenkungen ankurbeln. Viele Gesetze der Obama-Administration, allen voran die Gesundheitsreform, will er rückgängig machen. Eine Entlastung der Reichen soll über den sogenannten „*Trickle down*“-Effekt auch ärmeren Einkommensschichten helfen. Gleichzeitig lässt er Töne des linken Spektrums anklingen. Beispielsweise kündigte er an, das Trennbankensystem wieder einführen zu wollen.

Clintons Pläne sind deutlich konkreter. Viele der von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen stehen in der Tradition ihrer demokratischen Vorgänger. Sie will die Gesundheitsreform weiterentwickeln und Ausbildungsplätze schaffen. Und sie weist dem Staat eine deutlich stärkere Rolle zu als Trump.

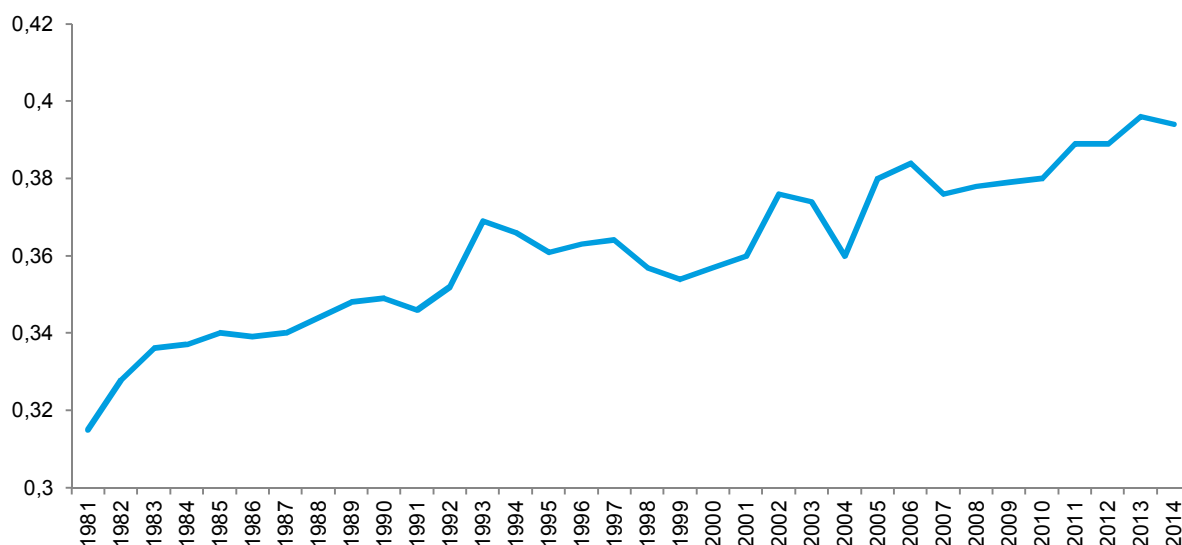
Soziale Ungleichheit, ein enormes Infrastrukturdefizit, Probleme im Gesundheits- und Bildungssektor, ein riesiger Schuldenberg – wer bietet die überzeugenderen Programme, um diese Herausforderungen zu meistern?

#### Arbeit, Soziales und Gesundheit

*„So starting on Day One, we will work with both parties to pass the biggest investment in new, good-paying jobs since World War II“, erläuterte Hillary Clinton in Detroit. „One of my first acts as President will be to repeal and replace disastrous Obamacare, saving another 2 million American jobs“, kündigte Trump an.*

Seit den 1980er-Jahren ist die Einkommensungleichheit in den USA stark gestiegen. Der Gini-Koeffizient, der die Einkommensungleichheit misst, lag für die USA 1980 bei 0,307, im Jahr 2014 bei 0,394. Unter allen OECD-Ländern hat nur Mexiko einen höheren Gini-Koeffizienten. Ein Koeffizient von 0,0 bedeutet, dass das Einkommen eines Landes vollkommen gleich verteilt ist; bei einem Gini-Koeffizienten von 1,0 erhält dagegen nur eine Person das Einkommen eines ganzen Landes. Ein steigender Gini-Koeffizient steht also für wachsende Ungleichheit in einem Land. Ein weiterer Indikator für die steigende Ungleichheit: Das Einkommen des einkommensstärksten Prozents aller US-Haushalte ist im Zeitraum 1979 bis 2013 um 188 Prozent gewachsen; das Einkommen der vier einkommensschwächsten Quintile wuchs im selben Zeitraum hingegen um nur 18 Prozent.

## Entwicklung des Gini-Koeffizienten der USA, 1981 - 2014



Quelle: OECD



Die steigende Ungleichheit ist sowohl für Trump als auch für Clinton ein zentrales Thema im Wahlkampf. Die politischen Zielsetzungen der beiden Kandidaten könnten jedoch unterschiedlicher kaum sein. Hillary Clinton möchte die Staatsausgaben erhöhen, um Familien und Geringverdiener zu unterstützen. Sie will den Mindestlohn auf 15 US-Dollar anheben und bezahlte Elternzeit sowie Kinderbetreuung einführen. Zusätzlich möchte sie denjenigen Firmen Steuererleichterungen gewähren, die eine Gewinnteilung mit ihren Angestellten vorsehen.

Darüber hinaus möchte Clinton das Ausbildungssystem modernisieren. Vorbild soll das deutsche System der dualen Berufsbildung sein. Unternehmen, die Lehrstellen anbieten, sollen Steuererleichterungen gewährt werden. Die Mittelklasse soll keine Studiengebühren zahlen müssen; niemand soll sich aufgrund hoher Studiengebühren verschulden müssen. Ende 2015 trugen Studienkredite nach Hypotheken am stärksten zur Gesamtverschuldung der privaten Haushalte in den USA bei. Von 2005 bis 2015 verdreifachte sich das Studiendarlehenssaldo auf 1,2 Milliarden US-Dollar und wuchs damit schneller als jede andere Kategorie. Clinton möchte laut ihrer Kampagnenplattform Lehrmethoden modernisieren, marode Schulgebäude sanieren und sicherstellen, dass alle US-Schüler Informatik als Schulfach wählen können. Das US-Schulsystem schneidet im internationalen Vergleich verhältnismäßig schlecht ab. In der letzten PISA-Studie, an der die USA teilnahmen, belegte das Land 2012 den 35. von 64 Plätzen in Mathematik und den 27. Platz in Naturwissenschaften. Präsident Barack Obamas Gesundheitsreform, den *Affordable Care Act*, möchte Clinton fortführen und verbessern.

Trumps Programm zur Arbeitsmarkt- und Einkommenspolitik bleibt bisher vage. Er will die Wirtschaft durch Deregulierung ankurbeln und dadurch Arbeitsplätze schaffen. Nach Amtsantritt will er ein temporäres Moratorium für neue Regulierungen erlassen, unnötige Regulierungen will er abschaffen. Die Gesundheitsreform möchte er rückgängig machen und durch einen Sieben-Punkte-Plan ersetzen. Trump fordert eine Bundesstaaten übergreifende Öffnung der Versicherungsmärkte; Beiträge zu privaten Krankversicherungen sollen steuerlich absetzbar werden. Die Krankenversicherungspflicht, die der *Affordable Care Act* eingeführt hat, möchte Trump abschaffen. Nach Schätzung des Ministeriums für Gesundheitspflege und Soziale Dienste der Vereinigten Staaten haben sich seit Inkrafttreten des *Affordable Care Acts 2010* 20 Millionen Menschen neu versichert; rund 24 Millionen Menschen erhielten Zugang zu subventionierten oder gebührenfreien Dienstleistungen. Der Anteil der nicht-versicherten US-Amerikaner betrug 2015 9,1 Prozent – der niedrigste bisher gemessene Wert in der US-

Geschichte. Sollte der *Affordable Care Act* unter Trump abgeschafft werden, könnten fast 21 Millionen Bürger ihren Versicherungsschutz verlieren, fürchten Kritiker.

### Einwanderungspolitik

„Donald J. Trump is calling for a total and complete shutdown of Muslims entering the United States until our country's representatives can figure out what is going on“, forderte der republikanische Kandidat in einem schriftlichen Statement im Dezember 2015. Zu inneramerikanischer Migration erklärte er: „When Mexico sends its people, they're not sending their best. [...] They're sending people that have lots of problems, and they're bringing those problems with us. They're bringing drugs. They're bringing crime. They're rapists“, und kündigte außerdem an: „I will build a great, great wall on our southern border, and I will make Mexico pay for that wall.“ Clinton verfolgt hingegen einen weit moderateren Kurs: „Of the [...] undocumented people living in our country, I do not want to see them deported. I want to see them on a path to citizenship“, erklärte sie am 9. März 2016 in Miami.

Trumps Positionen zur Einwanderung sind radikal. Eine Mauer an der US-amerikanischen Grenze zu Mexiko soll illegale Immigration eindämmen. Im Gegensatz zu Clinton möchte Trump den Erwerb der US-amerikanischen Staatsbürgerschaft für Kinder illegaler Immigranten erschweren und die geschätzt elf Millionen Immigranten ohne Ausweispapier deportieren lassen. Rund einer von vier Immigranten in den USA ist irregulär, hat also keine gültige Aufenthaltsgenehmigung. Im Jahr 2014 befanden sich laut dem *Pew Research Center* 11,1 Millionen irreguläre Migranten in den USA, die 3,5 Prozent der US-amerikanischen Gesamtbevölkerung ausmachten. Diese Zahl ist seit 2009 unverändert. Der Anteil der Mexikaner an irregulärer Migration in die USA verringert sich seit dem Jahr 2009 stetig; im Jahr 2014 waren 52 Prozent der irregulären Migranten Mexikaner.

Trump forderte zudem im Dezember 2015, Muslimen temporär die Einreise in die USA zu verweigern. Dieses Statement ist zwar nach wie vor auf seiner Webseite zu lesen, doch schlägt der republikanische Kandidat mittlerweile moderatere Töne an. Im August 2016 erklärte er, Einwanderungsbeschränkungen nicht mehr auf der Grundlage von Religionszugehörigkeit erlassen zu wollen. Ausschlaggebend solle vielmehr das Herkunftsland sein und ob dieses mit islamistischem Terror verbunden sei („tied to Islamic terror“).

Unterstützen möchte Trump die legale Migration aus Europa sowie den langfristigen Verbleib ausländischer Absolventen US-amerikanischer Universitäten. Trotzdem kritisiert er das H1B-Visum, welches ausländischen Arbeitskräften erlaubt, in spezialisierten Berufen in den USA tätig zu werden. Laut Trumps Einschätzung schade das H1B-Visum US-amerikanischen Arbeitskräften. Dass besonders die wachsende Technologiebranche von Arbeitskräften mit ausländischer Staatsbürgerschaft oder Migrationshintergrund profitiert, zeigt eine aktuelle Studie der *Information Technology & Innovation Foundation* von 2016: 35,5 Prozent der US-amerikanischen Erfinder („innovators“) wurden außerhalb der USA geboren. Immigranten aus Asien oder Europa haben eine fünf Mal höhere Wahrscheinlichkeit, in den USA eine Innovation zu schaffen, als der durchschnittliche US-Bürger.

Auch Clinton hat eine Reform der Immigrationsgesetze angekündigt. Anders als Trump will die demokratische Kandidatin es jedoch Menschen, die seit Längerem in den USA ohne gültigen Aufenthaltsstatus leben, erleichtern, die US-amerikanische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Im Gegensatz zu Donald Trump möchte Clinton Einwanderungsgesetze „human, effektiv und gezielt“ umsetzen. Inhaftiert und abgeschoben sollen nur diejenigen Immigranten werden, die eine Gefährdung für die Öffentlichkeit darstellen. Die USA hatten bis Ende August 2016 etwa 10.000 syrische Asylbewerber aufgenommen. Clinton sagte im September, sie möchte die Zahl auf bis zu 65.000 erhöhen. Des Weiteren plant Clinton unter anderem, die Abschiebehaft von Familien zu beenden, den Einbürgerungsprozess zu erleichtern und den *Affordable Care Act* auf immigrierte Familien auszuweiten.

### Steuer- und Haushaltspolitik

„And Wall Street, corporations, and the super-rich, should finally pay their fair share of taxes. [...] We should [...] add a new tax on multi-millionaires, crack down on tax gaming by corporations and close the carried interest

*loophole – something I've advocated for years“, schlägt Hillary Clinton vor. Trumps Plan lautet: „I am proposing an across-the-board income tax reduction, especially for middle-income Americans. This will lead to millions of new good-paying jobs. The rich will pay their fair share, but no one will pay so much that it destroys jobs, or undermines our ability to compete.“*

Das Thema Steuern entzweit die beiden Parteien wie kaum ein anderes. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Steuerpläne der beiden Kandidaten. Clinton will Steuererleichterungen für privat gedeckte Gesundheitskosten und Haushalte einführen, die ältere Angehörige pflegen, sowie Anreize für Ausbildungsbetriebe schaffen. Außerdem soll der Kinderfreibetrag erhöht werden. Des Weiteren plant die Kandidatin einen Mindeststeuersatz von 30 Prozent auf Jahreseinkommen über eine Million US-Dollar sowie einen weiteren Steuerzuschlag von vier Prozent auf Einkommen ab fünf Millionen US-Dollar.

Kleine und mittlere Unternehmen will Clinton durch deutliche Vereinfachungen bei der Steuererklärung unterstützen. Firmen, die ihren Sitz aus Steuergründen ins Ausland verlagern, sollen eine „Exit Tax“ zahlen und Steuererleichterungen, die sie zuvor in den USA erhalten haben, zurückzahlen. Zur Senkung der Körperschaftsteuer – ein gescheitertes Reformvorhaben der Obama-Administration – hat sich die Kandidatin nicht klar geäußert, während Trump eine solche Senkung klar unterstützt.

Im März hat das *Tax Policy Center* die Vorschläge Clintons analysiert. Demnach würden ihre Pläne die Einnahmen um 1,1 Billionen US-Dollar über die nächsten zehn Jahre erhöhen. Haushaltsdefizit und Schuldenberg würden dieser Berechnung nach abgebaut, die Staatsschulden würden bis 2026 um 1,2 Billionen US-Dollar reduziert werden. Bis 2036 würde sich der Schuldenberg sogar um 4,3 Billionen US-Dollar, oder zehn Prozent des BIP, verkleinern. Die Analyse berücksichtigt jedoch die von Clinton angekündigten Steuererleichterungen für Familien mit niedrigem Einkommen noch nicht.

Trump's Wahlprogramm sieht weitreichende Steuersenkungen für Privatpersonen wie auch Unternehmen vor. Darüber hinaus möchte er das Steuersystem grundsätzlich vereinfachen. Privatpersonen sollen abhängig von ihrem Einkommen mit 12, 25 oder 33 Prozent besteuert werden. Bisher liegt der Spitzensteuersatz bei 39,6 Prozent. Die Unternehmenssteuer soll von 35 Prozent auf 15 Prozent fallen. Gewinne von US-Unternehmen, die im Ausland anfallen und auf die US-Unternehmen bisher keine Steuern in den USA zahlen, sollen einmalig zur Gewinnrückführung mit zehn Prozent besteuert werden. Die Kosten für die Kinderbetreuung sollen steuerlich voll absetzbar sein. Darüber hinaus soll die Erbschaftsteuer abgeschafft werden.

Das *Tax Policy Center* berechnete im September 2016 auf Basis von Trumps Steuerprogramm, dass die wohlhabendsten Haushalte am meisten profitieren würden: Das Nettoeinkommen des einen Prozents mit dem höchsten Einkommen würde um mindestens 10,2 Prozent wachsen; im Durchschnitt würde das Nettoeinkommen hingegen nur um 0,8 Prozent steigen. Durch die Reformen sollen Investitionen und Berufstätigkeit attraktiver werden, was im Verlauf von zehn Jahren zu einem Wirtschaftswachstum von 6,9 bis 8,2 Prozent sowie 1,8 bis 2,2 Millionen neuen Vollzeitstellen führen soll. Sollte Trumps Steuerprogramm in dieser Form umgesetzt werden, würde es im Laufe von zehn Jahren zu einem Rückgang der erwarteten Steuereinnahmen um 2,6 bis 3,9 Milliarden US-Dollar führen.

Bisher hat keiner der beiden Kandidaten explizit angesprochen, wie der Schuldenberg getilgt werden soll. Dabei drängt das Thema, denn die Verschuldung ist im laufenden Haushaltsjahr deutlich gewachsen. Die Staatsverschuldung der USA liegt derzeit bei knapp über 105 Prozent des BIP (s. auch „Staatsschulden/ Haushaltsdefizit“, S. 6). Zum Vergleich: Dieser Prozentsatz beträgt für Deutschland nur rund 70 Prozent. Ob die Steuerreformvorhaben der Kandidaten erfolgreich umgesetzt werden können, hängt letztendlich zu einem großen Teil auch von der Zustimmung des US-Kongresses ab. Dieser hatte in den vergangenen Jahren Steuerreformpläne der Obama-Administration wiederholt blockiert und deren Umsetzung verhindert.

## Infrastruktur

*„We're going to have the biggest infrastructure investment program since World War II“, kündigte Hillary Clinton in Colorado mit Blick auf ihr 275 Milliarden Dollar starkes Infrastruktur-Investitionsprogramm an. „We're going to make investments that will make America grow our economy, put people to work, and position us better to actually be competitive around the world.“ Trump möchte Clintons Vorhaben übertrumpfen, erklärte er dem FOX Business Network: „We have a great plan and we are going to rebuild our infrastructure. By the way, her [Hillary Clinton's] numbers is a fraction of what we're talking about, [...] well I would say at least double her numbers and you're going to really need more than that.“*

Beide Kandidaten wollen die US-Infrastruktur modernisieren. Diese ist auch dringend nötig: Die *American Society of Civil Engineers* (ASCE), der Berufsverband der Bauingenieure in den USA, bewertet den Zustand der US-Infrastruktur alle vier Jahre umfassend. Die ASCE schätzte in ihrer letzten Analyse aus dem Jahr 2013, dass bis 2020 Investitionen in Straßen, Dämme, Wasserwege, Schulen und viele andere Strukturen in Höhe von insgesamt 3,6 Billionen US-Dollar nötig sind.

Auch wenn Ausgaben in diesem Umfang in Clintons Wahlprogramm nicht vorgesehen sind, will die Kandidatin doch massiv in die Infrastruktur investieren. Sie plant, Ausgaben für Infrastruktur über fünf Jahre um 275 Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Um Investitionen aus der Privatwirtschaft zu fördern, möchte sie zusätzlich 25 Milliarden US-Dollar für Darlehen und Bürgschaften bereitstellen. Zudem plant sie die Schaffung einer Infrastrukturbank.

Auch Trump hat ein Infrastrukturprogramm angekündigt. Bis zu einer Billion US-Dollar möchte er in Straßen, Brücken, Breitbandinternet und andere Schwachstellen der US-Infrastruktur investieren. Zur Finanzierung dieser Ausgaben hat er sich bisher nicht geäußert. Er erwartet, dass Deregulierung und Steuersenkungen die Wirtschaft ankurbeln und so die Steuereinnahmen des Staates steigen werden.

Ob die ambitionierten Vorhaben der beiden Kandidaten letztlich umgesetzt werden, ist fraglich. Schließlich hat auch hier der US-Kongress, derzeit unter republikanischer Führung, ein wichtiges Wort mitzureden. Die Republikaner hatten wiederholt Präsident Obamas Versuche blockiert, die Ausgaben zur Instandhaltung und zum Ausbau der Infrastruktur zu erhöhen. Das Ergebnis: Der Anteil des BIP, der für die Infrastruktur ausgegeben wird, ist heute so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr. Die hohe Staatsverschuldung der USA beschränkt darüber hinaus den Handlungsspielraum, den der Präsident oder die Präsidentin bei der Erhöhung der Staatsausgaben haben wird.

## Energie- und Umweltpolitik

*„Some country is going to be the clean energy superpower of the 21st century and create millions of jobs and businesses. It's probably going to be either China, Germany, or America. I want it to be us! We invent the technology, we should make it and use it and export it, which will help to grow our economy“, so Clinton. „We will put our coal miners and steelworkers back to work. Clinton not only embraces President Obama's job-killing energy restrictions but wants to expand them, including going after oil and natural gas production that employs some 10 million Americans. A Trump Administration will end this war on the American worker, and unleash an energy revolution that will bring vast new wealth to our country“, entgegnet Trump.*

Clinton bewertet den Ausbau der erneuerbaren Energien als Job- und Wachstumsmotor. Die USA sollen die „Supermacht der sauberen Energie im 21. Jahrhundert“ werden, vor Deutschland und China, betonte Clinton in Detroit. So könnten Millionen von Jobs und Unternehmen entstehen. Den Klimawandel hält sie im Gegensatz zu Trump für eine große Gefahr. An Obamas Klimamaßnahmen wie dem *Clean Power Plan*, der die Emissionen von Kraftwerken reduzieren soll, und den Zugeständnissen der USA beim Klimagipfel in Paris 2015 will sie festhalten. Derzeit sind die USA in absoluten Zahlen nach China das Land mit den höchsten Treibhausgasemissionen. Sie möchte weitere Energieeffizienzstandards einführen und Subventionen für Öl- und Gasunternehmen abschaffen. Im Rahmen einer „*Clean Energy Challenge*“ will sie Bundesstaaten, Städte und ländliche Gemein-

den fördern, die ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringern möchten. Angestellten der Kohleindustrie, die ihren Job verloren haben oder unter gesundheitlichen Folgen des Kohleabbaus leiden, möchte sie unter die Arme greifen, beispielsweise durch Weiterbildungsmaßnahmen.

Trump kritisiert hingegen, dass der Kohlesektor unter zu hohen Umweltauflagen wie dem *Clean Power Plan* leide. Die Umweltauflagen der Obama-Administration oder „Anti-Energie-Regulierungen“, wie Trump sie nennt, hätten Millionen von Arbeitsplätzen gekostet und den Strompreis für Verbraucher und Unternehmen in die Höhe getrieben. Die Regulierungen, die Clinton noch verschärfen will, möchte er außer Kraft setzen und so die Industrie stärken. Bereits im Februar hatte er vorgeschlagen, die Bundesumweltbehörde (*Environmental Protection Agency*, EPA) komplett abzuschaffen. Bürokratische Hürden sollen abgebaut werden.

Trump verspricht, das Land komplett unabhängig von Energieimporten zu machen. Die umstrittene Ölpipeline *Keystone XL*, gegen die Obama sein Veto eingelegt hatte, möchte er realisieren. So will er mehr als 42.000 Arbeitsplätze schaffen. Er will die Förderung fossiler Energieträger in Gebieten, die sich im Besitz der Bundesregierung befinden, intensivieren. Das Klimaabkommen von Paris will er kündigen und jegliche Zahlungen der USA im Rahmen von UN-Klimaprogrammen einstellen.

Für die US-amerikanische und internationale Klimapolitik wäre ein Präsident Trump eine denkbar schlechte Nachricht. Allerdings ist bei beiden Kandidaten fraglich, welche ihrer Ideen sie tatsächlich durchsetzen könnten. Trump wird die EPA nicht einfach abschaffen können. Die EPA ist eine Bundesbehörde. Obamas *Clean Power Plan* basiert auf einer Entscheidung der EPA. Die EPA kann eigenständig und ohne Kongressbeteiligung verbindliche Emissionsziele setzen. Das Recht dazu gibt ihr der *Clean Air Act*. Um der EPA ihre Befugnisse zu nehmen, müsste der Kongress tätig werden und das Gesetz ändern. Dass Trump hierfür die notwendigen Mehrheiten sichern kann, ist fraglich. Aber auch Clinton dürfte es schwer haben, ihre Klimapolitik durchzusetzen. Denn auch sie ist auf Mehrheiten im Kongress angewiesen. Obama hatte in seiner Amtszeit wiederholt erfolglos versucht, eine umfassende Klimagesetzgebung durch den Kongress zu bringen. Ähnlich wie Obama würde wohl auch Clinton ihre Politik in erster Linie über die EPA vorantreiben müssen.

### Finanzmarktregulierung

*„Trump would roll back the tough rules that we have imposed on the Financial Industry. I'll do the opposite – I think we should strengthen those rules so that Wall Street can never wreck Main Street again.“ Diesen Vergleich zog Clinton in Detroit. Trump hatte der Nachrichtenagentur Reuters im Mai in einem Interview gesagt: „Dodd-Frank has made it impossible for bankers to function. [...] It makes it very hard for bankers to loan money for people to create jobs, for people with businesses to create jobs. And that has to stop.“*

Clinton möchte bestehende Regulierungen weiterentwickeln und verschärfen. Ihr Ziel ist es, die Finanzmärkte krisenfester zu machen. Sie schlägt beispielsweise eine Risikogebühr für die größten Finanzinstitute vor. Schlupflöcher, die es Banken ermöglichen, risikoreiche Investitionen mit dem Geld von Steuerzahlern zu tätigen, sollen geschlossen werden. Insgesamt möchte sie den Regulierern noch mehr Instrumente an die Hand geben – zum Beispiel um zu verhindern, dass zu große Banken entstehen, die in die Kategorie „too big to fail“ fallen. Das System der Schattenbanken soll transparenter werden. Darüber hinaus plant Clinton eine Steuer auf Hochfrequenzhandel. Dabei werden Wertpapiertransaktionen zunehmend von schnellen Hochleistungscomputern ausgeführt. Dies erhöht die Liquidität, birgt aber auch Risiken wie verstärkte Volatilität. Insgesamt möchte Clinton dafür sorgen, dass Individuen und Banken leichter zur Verantwortung gezogen werden können. So sollen unter anderem Belohnungen für Whistleblower vergrößert werden, die gesetzwidriges Verhalten im Bankensektor aufdecken. Derzeit werden viele der Whistleblower-Fälle durch das US-amerikanische Justizministerium unter dem *Financial Institutions Reform, Recovery and Enforcement Act* behandelt, der nur Zahlung bis 1,6 Millionen US-Dollar an Whistleblower zulässt. Nach Einschätzung des US-Generalbundesanwalts Eric Holder ist diese Deckelung in Anbetracht der oft hohen Gehälter und Boni an der Wall Street noch zu niedrig, um führende Angestellte zum Aufdecken von Fehlverhalten zu bewegen. Laut Clintons Programm sollen Führungskräfte in Banken durch den teilweisen oder vollständigen Verlust ihrer Bonuszahlungen zur Verantwortung gezogen werden, sollte ihre Bank große Verluste machen.

Trump will dagegen auch hier Bürokratie abbauen und die Kräfte des Marktes freisetzen. Seine Pläne sind allerdings vage und teilweise widersprüchlich. Er hat vor, fast alle Finanzmarktreformen, die unter Obama in Kraft getreten sind, wieder rückgängig zu machen, da sie der Wirtschaft schadeten, so Trump. Der *Dodd-Frank-Act* erschwere die Kreditvergabe durch Banken und würde so Investitionen hemmen und Arbeitsplätze gefährden. Widersprüchlich ist, dass Trump auch neue Regulierungen angekündigt hat. So sagte sein damaliger Wahlkampfleiter Paul Manafort im Juli, Trump wolle den *Glass-Steagall Act* von 1933 wieder einführen, um die großen Banken besser kontrollieren zu können. Dies hatte auch Bernie Sanders gefordert. Das Gesetz führte die Trennung zwischen dem Kredit- und Einlagengeschäft auf der einen und dem Wertpapiergeschäft auf der anderen Seite ein. Es wurde 1999 unter Präsident Bill Clinton endgültig abgeschafft. Während die unter Obama eingeführten Gesetze den großen Banken Vorteile verschafft hätten, wolle Trump die kleinen Banken fördern. Clinton wirft er vor, sie habe viel zu enge Verflechtungen mit der *Wall Street*, um ihre Versprechen jemals umzusetzen.

Der *Dodd-Frank Act* leitete die größte Reform der Finanzmarktaufsicht und -regulierung in den USA seit den 1930er Jahren ein. Noch immer sind allerdings nicht alle Bestimmungen des Gesetzes umgesetzt; einige Regelungen, wie die Einführung des *Consumer Financial Protection Bureau*, werden derzeit noch rechtlich angefochten. Das Gesetz wieder rückgängig zu machen, wäre unbedacht. Die Banken scheinen Clinton zu unterstützen. Dies mag auch an Trumps vagen Plänen und seiner Unberechenbarkeit liegen.

Auch in diesem Politikfeld spielt der Kongress eine Schlüsselrolle. Der Großteil der republikanischen Partei hatte gegen den *Dodd-Frank-Act* gestimmt. Zwar könnte Clinton einige Vorhaben wie verbesserte Transparenz wohl auch bei einem republikanisch geführten Kongress durchsetzen; tiefgreifende Regulierungen wie die Erhöhung von Steuern und Gebühren für Banken würden allerdings vermutlich am Kongress scheitern. Auch Trumps Reformpläne der *Wall Street* würde der Kongress sicherlich nicht uneingeschränkt absegnen. Denn die Mehrheit der Demokraten unterstützt die strenge Reform der Finanzmärkte.

## Handelspolitik

*„It's true that too often, past trade deals have been sold to the American people with rosy scenarios that did not pan out. [...] It is also true that China and other countries have gamed the system for too long. [...] But the answer is not to rant and rave – or cut ourselves off from the world. That would end up killing even more jobs. The answer is to finally make trade work for us, not against us”, so Clinton. „Because my only interest is the American people, I have previously laid out a detailed 7-point plan for trade reform [...]. It includes strong protections against currency manipulation, tariffs against any countries that cheat by unfairly subsidizing their goods, and it includes a renegotiation of NAFTA. If we don't get a better deal, we will walk away”, erklärte Trump.*

In den handelspolitischen Debatten dominiert die Transpazifische Partnerschaft (TPP). Dabei handelt es sich um ein Handels- und Investitionsabkommen zwischen zwölf Pazifikanrainern, das im Februar unterzeichnet wurde, und nun von den Vertragsparteien ratifiziert werden muss. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit der EU ist in der öffentlichen Diskussion in den USA weniger präsent. Beide Kandidaten haben sich bisher kritisch gegenüber Freihandelsabkommen ausgesprochen. In Bezug auf TPP stellt dies für Clinton einen Richtungswechsel dar: In ihrer Funktion als US-Außenministerin hatte sie den Verhandlungsprozess von TPP noch unterstützt und das Abkommen als den Goldstandard für Freihandelsabkommen bezeichnet. Seit Beginn ihres Wahlkampfs betont sie jedoch, dass das Abkommen nicht ihren ursprünglichen Erwartungen entspräche. Sie werde jegliche Abkommen stoppen, die Jobs vernichteten oder Druck auf Löhne ausübten. Auch von NAFTA, dem 1994 in Kraft getretenen Freihandelsabkommen mit Mexiko und Kanada, hat sie sich distanziert. Konkrete Reformvorschläge formulierte sie bisher jedoch nicht. Kritisch sieht die demokratische Präsidentin auch den Investitionsschutz und Investor-Staat-Schiedsverfahren, die mittlerweile Teil vieler Handelsabkommen sind. Um unfaire Handelspraktiken anderer Länder konsequenter zu unterbinden, möchte Clinton einen Chefankläger für Handelsfragen benennen und die Zahl der zuständigen Beamten verdreifachen. Die USA dürften nicht zögern, Strafzölle zu erheben, sollten andere Länder die Regeln brechen. Im Gegensatz zu Trump habe sie jedoch keine Angst vor Wettbewerb, stellte Clinton wiederholt klar.

Trump bricht mit der gewöhnlich freihandelsfreundlichen Linie der Republikaner. Er betont, dass er nicht pauschal gegen Handel sei, da dieser Arbeitsplätze schaffe und höhere Gehälter mit sich bringe. Jedoch sollten Handelsabkommen zukünftig stärker auf den Nutzen der USA ausgerichtet sein. „*Americanism, not globalism*“ werde seine Präsidentschaft bestimmen. NAFTA sei ein schlechter Deal für die USA gewesen und müsse neu verhandelt werden. TPP stelle derzeit die größte Gefahr für das Land dar und würde zu einem „Zusammenbruch“ führen. Er fordert stattdessen bilaterale Abkommen mit anderen Staaten, unter anderem China. Trump erklärte außerdem, er unterstütze Zölle, da diese US-amerikanische Produzenten vor „unfairem“ Wettbewerb schützen würden. Beispielsweise hat er angekündigt, Importe aus China mit einem Zoll von 45 Prozent zu belegen. Auf Ford-Autos, die in Mexiko produziert werden, würde er einen Zoll von 35 Prozent erheben. Zuvor hatte Trump gedroht, dass die USA unter ihm aus der Welthandelsorganisation (WTO) austreten könnten. Zu TTIP hat sich Trump noch nicht weiter geäußert.

Die Kandidaten sind sich einig, dass bisherige Handelsabkommen den USA nicht immer ausreichend genutzt und sich andere Länder in der Vergangenheit unfaire Wettbewerbsvorteile verschafft hätten. Trump geht jedoch weiter als Clinton und argumentiert deutlich protektionistischer. Die Kandidaten reagieren damit auf eine zunehmend handelskritische Stimmung in der Bevölkerung. Im August glaubten nur 45 Prozent der befragten Wähler in einer Umfrage des *Pew Research Center*, dass Freihandelsabkommen bisher gut für ihr Land gewesen seien. 47 Prozent waren der Meinung, sie seien schlecht.

Trump-Anhänger sind besonders kritisch: nur 26 Prozent glaubten an den Nutzen von Freihandelsabkommen. Im Mai 2015 waren noch 51 Prozent der republikanischen Wähler der Meinung, dass Freihandelsabkommen den USA nützten, während 39 Prozent meinten, sie würden den USA schaden. Unter den Clinton-Anhängern meinte dagegen die Mehrheit (59 Prozent), dass die Vorteile von Freihandelsabkommen überwiegen. 55 Prozent der Clinton-Anhänger glauben darüber hinaus, dass die TPP gut für das Land wäre. Dass sich Clinton trotzdem gegen die TPP ausgesprochen hat, hängt damit zusammen, dass sie den linken Flügel der Parteianhänger für sich gewinnen muss, der zuvor ihren parteiinternen Konkurrenten Bernie Sanders unterstützt hatte.

Seit NAFTA ist die Liberalisierungsskepsis in der Bevölkerung gestiegen, geschürt durch einen steigenden Wettbewerbs- und ökonomischen Anpassungsdruck, stagnierende Löhne der Mittelschicht und zunehmende Einkommensungleichheit. Das Defizit in der US-Leistungsbilanz und der rasante weltwirtschaftliche Aufstieg Chinas haben in der US-amerikanischen Gesellschaft ein Gefühl wirtschaftlicher Verwundbarkeit hervorgerufen. Gesetze mit dem Ziel, den Handel weiter zu liberalisieren, fanden bereits in den 1990er- und 2000er-Jahren im Kongress immer dünnere Mehrheiten. Trotzdem waren die letzten Präsidenten Verfechter des Freihandels. Ein US-Präsident Trump, der so deutlich auf Isolation und den Binnenmarkt setzt, wäre somit in der jüngeren Geschichte des Landes neu. In jedem Fall könnten die USA ihre Importe nicht von heute auf morgen durch eigene Produkte ersetzen. Bei Clinton bleibt abzuwarten, wie kritisch sie tatsächlich gegenüber Freihandelsabkommen wäre, sollte sie Präsidentin werden. Eine Studie des *Peterson Institute for International Economics* in Washington kommt zu dem Fazit, dass die handelspolitischen Pläne beider Präsidenten der US-Wirtschaft schaden würden – Trumps Agenda jedoch noch deutlich stärker als die Clintons. Sollte Trump die protektionistischen Maßnahmen ergreifen, mit denen er gedroht hat, würden andere Länder nicht lange mit Vergeltungsmaßnahmen warten; Handelskriege wären die Folge.

Der US-Kongress erteilte dem Präsidenten 2015 die sogenannte *Trade Promotion Authority* (TPA), die dem Präsidenten ermöglicht, Freihandelsabkommen zu verhandeln, denen der Kongress nach Verhandlungsende nur zustimmen oder sie ablehnen kann, sie aber nicht mehr verändern oder durch Filibuster blockieren kann. Diese TPA ist noch bis 2021 gültig und gilt auch für den nächsten Präsidenten oder die Präsidentin. Laut dem *Peterson Institute* hätte ein neuer US-Präsident Trump zumindest kurzfristig die Befugnis, seine eigene Agenda durchzusetzen – also beispielsweise einen 45-prozentigen Zoll auf Importe aus China einführen –, auch wenn diese der Mehrheit im Kongress oder der Wirtschaft missfällt. Längerfristig könnten Klagen durch Unternehmen oder Gesetzesinitiativen im Kongress, welche dem Präsidenten diese Befugnisse entziehen, solche Alleingänge wieder rückgängig machen. Dies würde jedoch Zeit kosten. Die Mehrheiten im Kongress müssten zudem ausreichen, um einem Veto des Präsidenten standzuhalten.



## Wirtschaftspolitische Berater

Trump stellte am 5. August sein 13-köpfiges wirtschaftspolitisches Beratergremium vor. Dieses besteht ausschließlich aus Männern. Unter ihnen finden sich erstaunlich wenige Ökonomen – drei an der Zahl, darunter lediglich ein Wirtschaftsprofessor: Peter Navarro von der University of California/ Irvine, der sich mit dem Außenhandel mit China befasst. Stattdessen sind erfolgreiche Unternehmer, Banker und Investmentmanager Teil des Teams. Mehrere von ihnen haben sich in der Vergangenheit kritisch gegenüber der US-Notenbank Fed geäußert. Einige von ihnen haben bereits politische Erfahrung. Der Unternehmer Harold Hamm beriet 2012 Mitt Romney in Energiefragen. Der ehemalige Chefökonom von Bear Stearns, David Malpass, kandidierte bereits für den Senat und diente in den Reagan- und Bush-Senior-Administrationen. Dan DiMicco, der Trump vor allem in handelspolitischen Fragen berät, war Präsident und CEO der Nucor Corporation, eines der größten Stahlproduzenten des Landes.

In Clintons Wahlkampfteam sind Michael Shapiro, Michael Schmidt und Jacob Leibenluft für die Wirtschaftspolitik zuständig. Shapiro und Schmidt sind Absolventen der Yale Law School. Shapiro war zwischenzeitlich beim *National Economic Council* (NEC) beschäftigt, dem wirtschaftspolitischen Beratergremium des Weißen Hauses. Schmidt arbeitete zuvor beim US-Finanzministerium sowie der Vermögensverwaltung der *Yale University*, dem *Yale Investments Office*. Jacob Leibenluft war stellvertretender Leiter des NEC und dort zuständig für Berufsbildung und den Mindestlohn. Die Rolle von Shapiro und Schmidt ist es unter anderem, die Empfehlungen einer breiteren Gruppe von Ökonomen zu sammeln und aufzubereiten. Zu ihnen zählen die Princeton-Ökonomen Alan Krueger und Alan Blinder, Aaron Chatterji von der *Duke University*, Simon Johnson, ein ehemaliger Chefvolkswirt des IWF, Neera Tanden, die Leiterin des *Center for American Progress*, oder auch der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz. Dabei scheint sich Clinton verschiedene Ideen dieser Personen zu eigen zu machen – einer einzelnen Denkrichtung lassen sich diese Personen nicht zuordnen. Die Differenziertheit ihres wirtschaftspolitischen Programms könnte Clinton stärken wie schwächen. Laut Alan Krueger sei in einem Wahlkampf wie dem diesjährigen ein vernünftiges Wahlprogramm nicht immer das beste, denn *„it doesn't fit easily on a bumper sticker.“*

## Ausblick

Die wirtschaftspolitischen Pläne der Kandidaten sind ein wichtiger Indikator für ihre politischen Prioritäten. Jedoch ist sicherlich vieles von dem, was die Kandidaten derzeit sagen, Wahlkampfretorik. Beispielsweise äußerte sich auch Obama während seiner ersten Präsidentschaftskandidatur kritisch gegenüber Handelsabkommen und unterstützte dann die Verhandlungen über Freihandelsabkommen als Präsident ausdrücklich.

Welche Pläne in Zukunft Realität werden, hängt zudem maßgeblich von den Mehrheitsverhältnissen im 115. Kongress ab. Neben der Präsidentschaft stehen im November auch alle Sitze des US-Repräsentantenhauses und ein Drittel der Sitze im Senat zur Wahl. Nach aktuellen Schätzungen wird auch der 115. Kongress mehrheitlich von Republikanern besetzt sein. Gewinnt Trump das Rennen um das Weiße Haus, wäre damit das *„divided government“* (demokratischer Präsident, republikanischer Kongress) beendet. Ob dies auch ein Ende der politischen Blockade bedeuten würde, ist fraglich. So gibt es zwischen der republikanischen Partei und ihrem Präsidentschaftskandidaten derzeit noch erheblichen Klärungsbedarf im Hinblick auf das wirtschaftspolitische Programm. Zudem dürften die Republikaner im Senat nicht über die filibustersichere Mehrheit verfügen, die notwendig ist, um ein Gesetz zur Abstimmung zu bringen. Mit einem Filibuster, den Dauerreden, können Abstimmungen verhindert werden. Mindestens 60 Stimmen sind notwendig, um das Dauerreden zu beenden.

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen wird in jedem Fall Auswirkungen auf Deutschland und die transatlantischen Beziehungen haben. Ein republikanischer Sieg würde die transatlantischen Beziehungen wohl aber einschneidender beeinflussen als ein Sieg Clintons. Die USA sind Deutschlands wichtigster Partner außerhalb Europas. Trumps wirtschaftsnationalistische Tendenzen und sicherheitspolitisch oft radikalen Positionen könnten schnell zu einer Belastungsprobe werden.

## Die „Trump Card“ – Ein Erklärungsversuch des Erfolges von Präsidentschaftskandidat Donald Trump

„If Trump is nominated, then everything we think we know about presidential nominations is wrong.“ Das schrieben Larry Sabato, US-amerikanischer Politikwissenschaftler und Leiter des *Center for Politics* an der *University of Virginia*, und Kollegen im August 2015. Mit dieser Meinung waren sie nicht allein. Noch vor einem Jahr hätte kaum jemand vermutet, dass Donald Trump Präsidentschaftskandidat der Republikaner werden würde. Nachdem sich seine Konkurrenten sukzessive aus dem Rennen zurückgezogen hatten, war es am 19. Juli 2016 soweit: Auf dem Parteikonvent der Republikaner wurde Trump offiziell zum Kandidaten gekürt. Seine Unterstützer wirken unbeirrbar. Seit Beginn des Wahlkampfes um die republikanische Kandidatur sorgt Trump mit provokanten Äußerungen für Wirbel. Die Umfragewerte blieben trotzdem über lange Zeit gut. Ende Juli lag er vor der demokratischen Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton, erst in den letzten Wochen haben sich seine Umfragewerte wieder deutlich verschlechtert. Warum ist Trump so erfolgreich? Wie hat er es geschafft, ein ernsthafter Konkurrent für die erfahrene Politikerin Clinton zu werden?

### „Anti-Establishment“: Trump bedient das verlorene Vertrauen ins politische System

Die US-Amerikaner sind politikverdrossen. Ende August 2016 waren 51 Prozent der US-Amerikaner zufrieden mit der Art und Weise, wie Präsident Obama sein Amt führt. 45 Prozent waren unzufrieden. Damit liegt Obama unter der durchschnittlichen Zustimmungsrate (53 Prozent Zustimmung) für alle US-Präsidenten seit 1938. Im Vergleich zum Kongress schneidet der Präsident allerdings vergleichsweise gut ab. Mit der Arbeit des Kongresses waren Anfang August nur 18 Prozent zufrieden, 78 Prozent waren unzufrieden. Im Juli waren die Werte noch schlechter: Nur 13 Prozent waren zufrieden. Seit 2011 liegt die Zustimmungsrate fast durchgängig unter 20 Prozent.

In den ersten beiden Jahren seiner Amtszeit konnte Obama noch mit einem vereinten Kongress regieren: Das bedeutet, dass seine Partei – die Demokraten – in beiden Kammern des Kongresses eine Mehrheit hielten. Im Repräsentantenhaus saßen 257 Demokraten und 178 Republikaner, im Senat 57 Demokraten, 41 Republikaner und 2 unabhängige Senatoren, die jedoch demokratisch wählten. Auch dies war keine filibustersichere Mehrheit von 60 Stimmen im Senat. Trotzdem gelang es den Demokraten (mit der Unterstützung einiger Republikaner), große Reformen zu verabschieden, darunter die Gesundheitsreform und die Finanzmarktgesetzgebung. Der 111. Kongress verabschiedete zwar etwas weniger Gesetze als seine drei direkten Vorgänger, aber immerhin noch 383.

Seit Januar 2011 herrscht jedoch im Zweiparteiensystem der USA eine politische Blockade. In den Wahlen im Herbst 2010 übernahmen die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus. Auch im folgenden 113. Kongress blieben die Mehrheiten unverändert. Die Zahl der verabschiedeten Gesetze sank unter dem „*divided government*“ auf 296 Gesetze. Seit 2015 halten die Republikaner die Mehrheit in beiden Kammern. Bis Ende August, vier Monate vor dem Ende von Obamas Amtszeit, wurden im 114. Kongress 219 Gesetze verabschiedet.

In der jüngeren Geschichte des Landes war der 111. Kongress der unproduktivste, dicht gefolgt vom 113. Kongress. Die Bevölkerung ist das politische Gerangel leid. Über 60 Prozent der Bevölkerung glauben inzwischen laut einer Umfrage, dass Sonderinteressen den Kongress fast immer durch Geld zu ihren Gunsten beeinflussen und dem Kongress die „normale Bevölkerung“ egal sei. Diese Unzufriedenheit und das verlorene Vertrauen der Bevölkerung in Washington macht sich Trump zunutze, indem er die „politische Elite“ angreift und sich als Außenseiter, als Macher und Geschäftsmann, darstellt. Dabei unterscheidet er nicht zwingend zwischen Demokraten und Republikanern. Auch Republikaner, die ihn kritisieren, bezeichnete er als „gescheiterte Washingtoner Eliten“. Die „Elite“ kritisiert er insbesondere dafür, dass die USA in den vergangenen Jahren durch ihre Entscheidungen weniger sicher und weniger wohlhabend geworden seien.

### „America First“: Mit Abschottung zu einem besseren Amerika

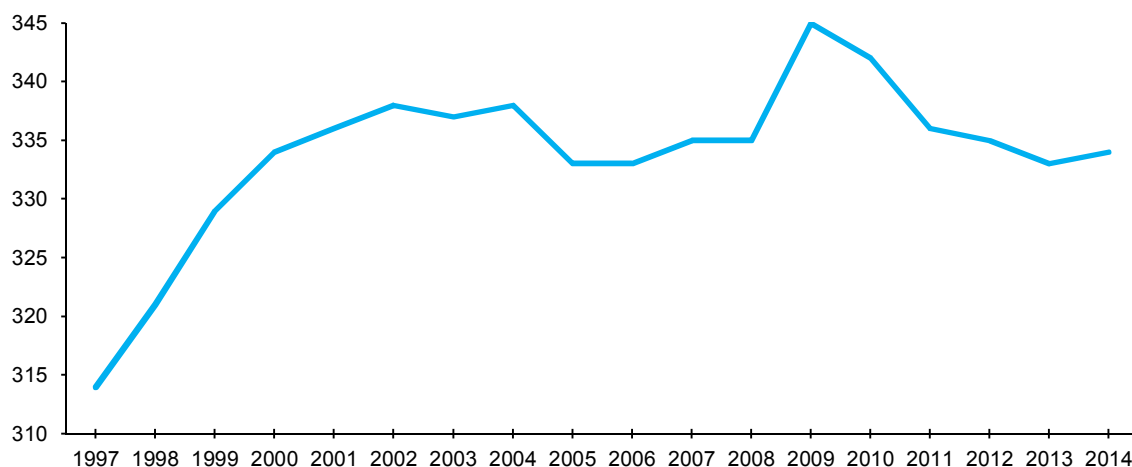
Viele Bürger in den USA stimmen der Einschätzung Trumps zu, dass sich das Land auf dem falschen Weg befindet. 47 Prozent aller Wähler meinen in einer Befragung vom August 2016, die Lebensverhältnisse in den USA für Menschen wie sie seien heute schlechter als noch vor 50 Jahren. Unter den Trump-Anhängern glauben dies sogar 81 Prozent. 66 Prozent der Trump-Anhänger sehen Immigration und 65 Prozent Terrorismus als sehr großes Problem für das Land. Unter Clinton-Anhängern sind nur 17 beziehungsweise 36 Prozent dieser Meinung. 47 Prozent aller Wähler glauben, Freihandelsabkommen hätten dem Land insgesamt geschadet. Unter Trump-Anhängern glauben dies sogar 68 Prozent. Deshalb will sich Trump auf das eigene Land konzentrieren – „*make Amerika great again*“ und „*Americanism, not globalism, will be our credo*“, so der republikanische Präsidentschaftskandidat. Die wirtschaftliche Öffnung des Landes durch Freihandelsabkommen und die Aufnahme Chinas in die WTO hätten den USA nicht genutzt. Trump bezeichnet Abkommen wie NAFTA als schlechten Deal. Gleichzeitig hätten illegale Einwanderer, beispielsweise aus Mexiko, das Land unsicher gemacht.

Diese Bewertung beschränkt sich nicht allein auf das Spektrum rechts von der politischen Mitte. Gegen Freihandel (nicht jedoch gegen Einwanderer) hatte auch Clintons Rivale Bernie Sanders gewettert, der sich selbst als „demokratischen Sozialisten“ bezeichnete. Wie auch in anderen Ländern – darunter Frankreich, Polen und Ungarn – gibt es in den USA immer mehr Menschen, die offen für diese isolationistische Rhetorik sind. Sie glauben, dass sie nicht ausreichend von der Globalisierung profitieren, und sehen die terroristischen Anschläge in Europa in den vergangenen Monaten als Beweis dafür, dass offene Grenzen gefährlich sind.

### It's still the Economy, Stupid? Trump profitiert von schwachem Wirtschaftswachstum

Der US-Wirtschaft geht es insgesamt gut. Das BIP wuchs 2015 mit 2,6 Prozent langsam, aber stetig. Und die Arbeitslosigkeit ist inzwischen auf fünf Prozent gesunken. Die Wirtschaft ist somit gegen Ende von Präsident Obamas zweiter Amtszeit in guter Verfassung – und in deutlich besserer als 2009, als Obama die Präsidentschaft mitten in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit der Großen Depression von seinem Vorgänger George W. Bush übernahm. 2008 war die US-Wirtschaft um 0,3 Prozent geschrumpft, 2009 sogar um 2,8 Prozent. Im Oktober 2009, in Obamas erstem Amtsjahr, als die Krise sich voll entfaltete, hatte die Arbeitslosenquote den Krisenhöchstwert von zehn Prozent erreicht, danach ging sie nach und nach zurück.

Entwicklung des wöchentlichen Medianeinkommens in den USA in US\$ (inflationsbereinigt, Basisjahr 1982-1984), 1997 - 2014



Quelle: Federal Reserve Bank St. Louis

Allerdings haben nicht alle gleichermaßen von der Erholung seit der Krise profitiert. Die realen Löhne in den USA sind seit Jahren kaum gestiegen. Das reale wöchentliche Medianeinkommen aller Vollzeitbeschäftigten nahm zwischen 1997 und 2002 konstant (auf 338 US-Dollar, kaufpreisbereinigt, Basisjahr 1982-1984) zu. Mit Ausnahme eines kurzen Anstiegs während der Wirtschafts- und Finanzkrise ist es seitdem nicht mehr merklich gestiegen und zeitweise gesunken.

Die sinkenden Arbeitslosenzahlen seit Ende der Krise sollten die realen Löhne eigentlich nach oben treiben. Dass dies bisher nicht geschehen ist, erklärt das Politik- und Wirtschaftsmagazin *The Economist* mit den Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise: Damals hätten die US-Unternehmen wenig Möglichkeiten gehabt, Löhne zu senken. Stattdessen hätten sie, um Kosten zu sparen, vor allem Mitarbeiter entlassen, insbesondere die weniger produktiven. Den verbliebenen Mitarbeitern habe man dagegen höhere Löhne als Anreiz für noch höhere Produktivität gezahlt. Seit Ende der Krise hat sich die Arbeitsbelastung wieder reduziert, gleichzeitig haben die Unternehmen von Lohnerhöhungen abgesehen, um die vorige Anhebung langfristig wieder auszugleichen.

Seit den 1980er Jahren hat die Einkommensungleichheit in den USA deutlich zugenommen. 1980 betrug der Anteil der Top-1-Prozent an den privaten Einkommen in den USA noch 8,2 Prozent. Inzwischen hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt: 2014 lag er bei 17,9 Prozent. Der Grund dafür ist, dass die Einkommen aus Kapitaleinkünften stärker gewachsen sind als die Arbeitseinkommen.

Viele Amerikaner sind zudem arm, oft obwohl sie Arbeit haben. Der Anteil armer Menschen wächst seit den 1970er Jahren. Die neuesten verfügbaren Daten des BLS zu Erwerbsarmut beziehen sich auf das Jahr 2014: 14,8 Prozent der Bevölkerung lebten unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Als „*working poor*“ gelten laut der Definition des US-Statistikbüros für den Arbeitsmarkt diejenigen, die für mindestens 27 Wochen innerhalb des Jahres Arbeit hatten oder als aktiv arbeitssuchend registriert waren und unterhalb der Armutsgrenze lebten. Demnach gab es in den USA 2014 9,5 Millionen Erwerbsarme. Der Anteil der „*working poor*“ an der Erwerbsbevölkerung lag 2014 bei 6,3 Prozent. Seit Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise ist er gesunken, hatte aber 2014 noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht.

Viele Bürger sind der Meinung, dass sich ihre wirtschaftliche Situation in den letzten Jahren nicht verbessert habe. Dies kommt Trump zugute. Viele der Trump-Anhänger gehören den unteren bis mittleren Einkommensklassen an. 40 Prozent haben ein jährliches Familieneinkommen, das zwischen 30.000 und 74.000 US-Dollar liegt. Zudem ist Trump gerade auch unter älteren Wählern, die sich noch gut an die Zeiten steigender Reallöhne erinnern, beliebt. Von den 50- bis 64-jährigen potenziellen Wählern tendieren 43 Prozent dazu, Trump zu wählen, verglichen mit 41 Prozent, die Clinton unterstützen. Bei denjenigen, die 65 oder älter sind, steigt der Anteil der Trump-Befürworter: Von ihnen tendieren 47 Prozent zu Trump und 39 Prozent zu Clinton. 62 Prozent der Trump-Befürworter sind 50 Jahre oder älter.

Der Wirtschaftspessimismus vieler Trump-Unterstützer lässt sich auf Grundlage der verfügbaren Statistiken nur teilweise erklären. Zu ihrer Wahrnehmung trägt auch bei, dass die konservativen Medien – und Donald Trump – immer wieder unterstreichen, wie schlecht es der Wirtschaft gehe. So war beispielsweise Ende Juli bei *Fox News* zu lesen: „*If the U.S. economy was a person, he/she might feel like some people do when they climb a steep flight of stairs; weary and out of breath.*“ Donald Trumps Motto „*Make America Great Again*“ baut auf der Behauptung auf, die Obama-Administration habe das Land durch falsche Entscheidungen heruntergewirtschaftet.

### **Das geringere zweier Übel? Hillary Clinton bleibt unbeliebt**

Hillary Clinton ist als ehemalige First Lady, US-Senatorin und Außenministerin Teil des politischen Establishments des Landes. Hinzu kommt, dass sie als Person unbeliebt ist. Sie gilt als kalt und berechnend sowie unehrlich. In einer Umfrage des *Pew Research Center*, die zwischen dem 7. Juni und 5. Juli durchgeführt wurde,

bezeichneten sie nur 13 Prozent der Befragten als „ehrlich“. Trump schnitt zwar mit 19 Prozent, die ihn als „ehrlich“ bewerteten, kaum besser ab, doch scheint dies Clinton wenig zu helfen.

Zwei Ereignisse aus ihrer Zeit als US-Außenministerin werden ihr besonders angelastet: ihr Umgang mit dienstlichen E-Mails und der Angriff auf das US-Konsulat in Bengasi. Clinton hatte ihren privaten E-Mail-Account für die dienstliche Kommunikation genutzt. Das *Federal Bureau of Investigation* (FBI) untersuchte den Fall und empfahl im Juli, keine Anklage gegen Clinton zu erheben. Ihr Umgang mit als geheim eingestuft Informationen sei zwar fahrlässig, aber nicht kriminell gewesen. Kritiker stellen dennoch ihre politischen Führungsqualitäten und ihr Verantwortungsbewusstsein infrage. Auch der Angriff auf das Konsulat in Bengasi belastet ihr Image. Clinton wurde vorgeworfen, eine Verstärkung der Sicherheitsvorkehrungen persönlich abgelehnt zu haben. Bei dem Angriff 2012 starben der US-Botschafter und drei weitere Mitarbeiter. Der Botschafter hatte zuvor mehr Schutz gefordert und vor der gefährlichen Lage in Libyen gewarnt. Im Untersuchungsausschuss im Oktober 2015 erklärte Clinton, ihr sei keine Entscheidung zu einer Verstärkung des Schutzes der Botschaft in Libyen vorgelegt worden, sie habe eine solche Bitte somit auch nicht abgelehnt. Auch in diesem Punkt wurde ihr jede Schuld abgesprochen. Ihrem Image hat dies allerdings nicht genutzt.

Noch immer lassen sie beide Themen nicht komplett los: Anfang August wurde bekannt, dass die Angehörigen zweier Todesopfer Klage gegen Clinton eingereicht haben. Die Kläger werfen ihr unter anderem vor, mit der Nutzung des privaten Servers für dienstliche E-Mails zum Angriff beigetragen zu haben – wie genau ist noch unklar.

### **Einzigartige Rhetorik: Trumps Slogans bleiben haften**

Trump's Wahlkampfprogramm ist zwar an vielen Stellen vage und oberflächlich, dafür aber einfach und verständlich. Es bietet scheinbar simple Lösungen für komplexe Probleme. Dabei spricht er nicht wie andere Politiker und grenzt sich so deutlich von der „Washingtoner Elite“ ab. Mit seinen Slogans und den simplen, direkten Aussagen bedient er den Mainstream-Geschmack. Durch pointierte Aussagen schafft er es, seine Zuhörer zu unterhalten. Seine Angriffe gegen Clinton („*crooked Hillary*“) oder auch gegen seine parteiinternen Rivalen im Vorwahlkampf waren und sind häufig unter der Gürtellinie, aber sorgen für Aufmerksamkeit. Indem er immer wieder die gleichen Aussagen wiederholt – beispielsweise, dass die USA eine Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen werden – bleiben sie im Gedächtnis der Zuhörer. Trumps kurze und pointierte Statements liegen auch seiner Popularität in den sozialen Medien zugrunde. Allein auf dem Kurznachrichtendienst Twitter folgten Anfang Oktober 2016 über zwölf Millionen Nutzer seinen zahllosen Tweets.

Bereits vor dem Präsidentschaftswahlkampf, spätestens seit der Reality-Fernsehserie „*The Apprentice*“, die zwischen 2004 und 2011 im US-amerikanischen Fernsehen lief, war Trump eine bekannte Persönlichkeit. Die Medien schenkten ihm von Beginn seiner Kandidatur an viel Aufmerksamkeit – auch wenn zunächst wenige glaubten, dass er tatsächlich Präsidentschaftskandidat werden würde.

### **Gemeinsam stark: Besser Trump als eine gesplante republikanische Partei**

Die republikanische Partei kämpft seit einiger Zeit mit einer parteiinternen Spaltung zwischen den ultrakonservativen – der *Tea-Party*-Bewegung – und den moderateren Parteimitgliedern. Die *Tea Party* formierte sich Anfang 2009 als Graswurzelbewegung derer, die ihre Wertvorstellungen durch die republikanische Partei nicht repräsentiert sahen und sich, wie es das Magazin *Counterpunch* formuliert, als Basis von den Eliten trennten. Auf der Suche nach einem geschlossenen Auftreten bewegte der Einfluss der Tea Party die gesamte republikanische Partei auf dem politischen Spektrum nach rechts.

Sicherlich kritisieren viele Republikaner Trump. Der Wunsch, die Partei zu einen und das Weiße Haus zurück zu erobern, hat allerdings viele kritische Stimmen verstummen lassen. Dies erklärt auch, warum Trumps größten Konkurrenten – zuletzt Marco Rubio, Ted Cruz und John Kasich – verhältnismäßig früh aus dem Rennen um die Präsidentschaftsnominierung zurücktraten. Dagegen hatte Hillary Clinton noch deutlich länger – bis Ende Juni – mit ihrem Rivalen Bernie Sanders zu kämpfen.

## Wer wird das Rennen machen?

Wendet sich das Blatt langsam? Jüngst haben sich Trumps Fehltritte gehäuft. Ende Juli griff er die Eltern eines gefallenen muslimischen US-Soldaten an, die beim Parteitag der Demokraten aufgetreten waren. Dort hatte der Vater des Soldaten Trump für seine Äußerungen gegenüber Muslimen kritisiert. Sein Sohn habe sich für sein Land geopfert, Trump habe dagegen nichts und niemanden geopfert. Trump unterstellte anschließend der Mutter des Sohnes, die bei der Rede neben ihrem Mann gestanden hatte, aufgrund der Religion der Familie nichts sagen zu dürfen. Gefallenen Soldaten und ihren Familien wird in den USA großer Respekt gezollt. Mit seiner Reaktion überschritt Trump für viele US-Amerikaner eine rote Linie.

In einem offenen Brief warnten Anfang August 50 Außen- und Sicherheitsexperten vor einem Präsidenten Trump. Ihm fehle es an Charakter, Werten, Erfahrung und Selbstbeherrschung. Zu den Unterzeichnern gehören zwei ehemalige Minister für Heimatschutz, Michael Chertoff und Tom Ridge, der frühere CIA-Direktor Michael Hayden sowie der ehemalige Vize-Außenminister John Negroponte. Trump konterte die Kritik scharf. Die Unterzeichner seien Teil der schon beschriebenen „gescheiterten Washingtoner Elite“, die mit „desaströsen Entscheidungen“ den Aufstieg der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) ermöglicht habe. Darüber hinaus haben weitere prominente Republikaner erklärt, dass sie Trump nicht unterstützen werden, darunter die Senatorin von Maine, Susan Collins. Scott Rigell, Mitglied des Repräsentantenhauses aus Virginia, erklärte sogar, er wolle aus der republikanischen Partei austreten.

Wenige Tage später leistete sich Trump weitere Fehltritte. Clinton sei als ehemalige Außenministerin Mitbegründerin des IS. Zudem deutete er mit einem Hinweis auf den zweiten Verfassungszusatz – das Recht auf Waffenbesitz – an, man könnte auf Clinton schießen, sollte sie als Präsidentin den zweiten Verfassungszusatz abzuschaffen drohen. Im Anschluss forderten über 70 Republikaner in einem weiteren Brief, die Partei solle keine Gelder mehr in Trumps Wahlkampf fließen lassen, sondern diese Gelder stattdessen den zur Wahl stehenden Kongressmitgliedern zur Verfügung stellen.

Vielleicht hat es Trump in den vergangenen Wochen endgültig übertrieben mit seinen Angriffen auf seine Gegner und Kritiker. Im ersten Fernsehduell der beiden Präsidentschaftskandidaten schnitt er deutlich schlechter ab als seine Konkurrentin. Kurz vor dem zweiten Fernsehduell, das am 9. Oktober stattfand, wurde eine Videoaufnahme aus dem Jahr 2005 veröffentlicht. Darauf ist zu hören, wie Trump sich vulgär und herablassend gegenüber Frauen äußert. Weitere Republikaner, darunter der Sprecher im Repräsentantenhaus, Paul Ryan, zogen daraufhin ihre Unterstützung für Trump zurück. John McCain, Senator aus Arizona und ehemaliger Präsidentschaftskandidat, und die frühere US-Außenministerin Condoleezza Rice gehören zu den prominenten Republikanern, die Trump für nicht wählbar erklärten. Ersten Umfragen zufolge meint die Mehrheit der Bevölkerung, dass Clinton auch in der zweiten Debatte besser abschnitt als Trump.

All dies ist jedoch immer noch kein Grund für Clinton, sich auszuruhen. Dafür ist der Abstand zwischen den beiden Konkurrenten weiterhin zu klein. Wer gewinnt, wird schließlich davon abhängen, wer die vielen unentschiedenen Wähler für sich mobilisieren kann. Die Politikverdrossenheit und Frustration mit dem aktuellen Wahlkampf könnte dazu führen, dass viele moderate Wähler zu Hause bleiben.

## In den USA wird gewählt: Was hat Deutschland zu erwarten? Fünf Fragen an Dr. Stormy-Annika Mildner, Leiterin der Abteilung Außenwirtschaftspolitik des BDI und B20-Sherpa

Wenn in den USA gewählt wird, wirft dies einen langen Schatten weit über die Landesgrenzen hinaus. Die USA sind ein wichtiger Wirtschaftspartner Deutschlands. 2015 waren sie der wichtigste Exportmarkt für deutsche Waren. Was würde ein Sieg des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump für die deutsche Wirtschaft bedeuten? Womit können wir bei einem Sieg seiner demokratischen Konkurrentin Hillary Clinton rechnen? Diese und andere Fragen beantwortet Dr. Stormy-Annika, Abteilungsleiterin Außenwirtschaftspolitik und B20-Sherpa, im Interview.

### Was würde ein Sieg Donald Trumps für Deutschland bedeuten?

Mildner: Donald Trumps Wirtschaftsprogramm ist erschreckend. Der republikanische Präsidentschaftskandidat setzt auf Abschottung. Er will Produktionsstätten US-amerikanischer Unternehmen ins Inland verlagern, Migration rigoros beschränken und das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA neu verhandeln. Die Transpazifische Partnerschaft, TPP, lehnt er ab. Für Firmen, die ihre Produktionsstätten ins Ausland verlagern, möchte er eine 15- bis 35-prozentige Steuererhöhung erwirken. Dass er damit dem Welthandel schaden könnte, stört ihn nicht. Er könnte sich auch vorstellen, dass die USA aus der WTO austreten, sagte er kürzlich in einem Interview.

Trump's Prioritäten sind klar: „*Americanism, not Globalism*“. Zur Stärkung des Binnenmarkts hat er unter anderem die größte Steuerreform seit Ronald Reagan angekündigt, die Unternehmen und Haushalte aller Einkommensklassen entlasten soll. Er möchte die US-amerikanische Auto- und Stahlindustrie stärken und mehr Arbeitsplätze an Inländer vergeben. Trump setzt auf wirtschaftspolitische Ideen, die bereits unter der Präsidentschaft Ronald Reagans gescheitert sind: Steuersenkungen sollen die Wirtschaft ankurbeln. Eine Entlastung der Reichen soll über den sogenannten „*Trickle down*“-Effekt auch ärmeren Einkommenschichten helfen. Das funktioniert allerdings selten automatisch. Unter Reagan explodierten Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung. Die wirtschaftliche Wiederbelebung fiel deutlich geringer aus. Die USA sind auch heute hoch verschuldet. Die jährliche Neuverschuldung liegt zwar mit etwa drei Prozent auf einem niedrigen Niveau. Die Staatsschulden dürften jedoch zukünftige Generationen belasten, wird dieses Problem nicht angegangen. Eine Lösung hierfür bietet Trump nicht an. Das ist enttäuschend.

Sicherlich ist vieles davon Wahlkampfretorik. Und dennoch: Die Tatsache, dass sich Trump in seiner Wirtschaftspolitik derart stark auf Protektionismus und den Binnenmarkt konzentriert, ist besorgniserregend. Denn damit ignoriert er die Realität der globalen Wirtschaft im 21. Jahrhundert: Wertschöpfungsketten sind lang und international; Hersteller beziehen ihre Zwischenprodukte aus der ganzen Welt. Sollten die USA diese wichtigen Handelsadern tatsächlich einschränken, schadet das US-Unternehmen wie auch Herstellern auf der ganzen Welt. Davon wären auch deutsche Firmen stark betroffen: 2015 waren die USA der wichtigste Absatzmarkt für deutsche Waren.

Trump bringt keine politische Erfahrung mit. Seine Positionen sind erratisch, seine Auftritte oftmals hitzköpfig. Eine klare Linie oder Strategie lässt sich auch mit viel gutem Willen nicht erkennen. Seine Wissenslücken sind erschreckend. Der US-Präsident regiert nicht alleine, sondern teilt sich viele Zuständigkeiten mit dem Kongress. Die Außenpolitik liegt jedoch maßgeblich in seinen Händen. Mit einem Präsidenten Trump dürften die transatlantischen Beziehungen in schwieriges Fahrwasser geraten.

### Was würde ein Sieg Hillary Clintons für Deutschland bedeuten?

Hillary Clinton hat viel stärker als Trump im Blick, dass wirtschaftliche Isolation ein Rückschritt und kein Fortschritt ist. Aber auch sie setzt auf eine Stärkung der heimischen Industrie und hat einige Vorschläge gemacht, die wir zumindest kritisch verfolgen sollten. So schlägt sie eine Steuer für Unternehmen vor, die ihren Sitz aus Steuergründen ins Ausland verlagern – eine sogenannte „*Exit Tax*“.

Regeln für den Welthandel sollen in erster Linie fairen Wettbewerb für US-Unternehmen garantieren. Auch sie hat sich während des Vorwahlkampfes kritisch über Freihandelsabkommen geäußert, insbesondere die TPP – obwohl sie dieses Abkommen während ihrer Zeit als Außenministerin der Obama-Administration noch als Goldstandard bezeichnet hatte. Wie sich Clinton letztendlich zu TTIP positionieren wird, ist noch nicht klar, und auch ihre Aussagen müssen wir im Kontext des Wahlkampfes interpretieren. Sollte TTIP bis Jahresende nicht ganz fertig verhandelt sein, bin ich aber zuversichtlich, dass die Verhandlungen bei Clinton in den verantwortungsvolleren Händen liegen als bei ihrem Konkurrenten. Denn Clinton ist eine erfahrene Politikerin und ausgewiesene Transatlantikerin. In manchen Punkten, wie beispielsweise beim Investitionsschutz und den in der EU umstrittenen Investor-Staats-Schiedsverfahren, könnten die Verhandlungen mit den USA sogar einfacher werden als mit

dem Obama-Team. Clinton hatte sich wiederholt kritisch über das bestehende System des Investitionsschutzes geäußert.

Für deutsche Unternehmen bietet Clintons Programm durchaus auch Chancen. Zum Beispiel will sie im Rahmen eines fünfjährigen Infrastrukturprogramms 275 Milliarden US-Dollar für den Infrastrukturausbau aufwenden und damit auch den Ausbau erneuerbarer Energien stärken. Hier sehe ich unsere Anbieter gut aufgestellt, besonders die vielen deutschen „*hidden champions*“ in der Präzisionsfertigung. TTIP ist dennoch wichtig, damit deutsche Unternehmen den bestmöglichen Zugang zum privaten und öffentlichen Vergabemarkt in den USA erhalten.

### **Welche Gruppen unterstützen Trump?**

Trumps Unterstützer sind schwierig zu kategorisieren. Häufig sind es weiße Arbeitnehmer ohne höhere akademische Ausbildung, die zwar wirtschaftlich nicht schlecht gestellt sind, sich aber um ihren sozialen Status, die Wirtschaft und Arbeitsplätze oder auch die nationale Sicherheit sorgen.

Sicherlich hat Trump durch seine provokanten und teils radikalen Aussagen auch republikanische Wähler verschreckt – besonders bei Einwanderern und Frauen hat er einen schweren Stand. Trotzdem hat er es geschafft, überraschende Allianzen zu bilden. Ein Beispiel sind die evangelikalen Christen. Trump – mehrfach geschieden, diskriminierend, wankelmütig bei vielen Fragen, die der evangelikalen Gemeinschaft wichtig sind – auf den ersten Blick ist der republikanische Präsidentschaftskandidat kein christlicher Bilderbuchkandidat. Trotzdem unterstützen ihn knapp 80 Prozent der weißen evangelikalen Wähler. Für viele ist er im Vergleich zu Clinton das geringere Übel. Zudem geht Trump auf viele ihrer Ängste ein: Weiße Christen sind in den letzten Jahren zur Minderheit geworden. Terrorismus wird in den USA – wie auch anderswo – als große Bedrohung wahrgenommen. Wenn Trump dann den Wert von Muslimen und Ausländern in der US-amerikanischen Gesellschaft in Frage stellt, wird das von vielen Evangelikalen so aufgefasst, als würde Trump endlich die Probleme angehen, die die Stellung ihrer Glaubensgemeinschaft vermeintlich bedrohen.

### **Selbst die deutschen Medien berichten seit über einem Jahr intensiv über den US-Wahlkampf. Was ist das Besondere daran?**

Grundsätzlich ist der US-Wahlkampf schon deshalb so besonders, weil sein Ausgang wie kein anderer Auswirkungen auf die internationale Gemeinschaft und die Weltwirtschaft hat.

Über die US-Wahlen wird daher immer intensiv berichtet. Dass die mediale Berichterstattung dieses Mal ganz besonders hoch ist, liegt sicherlich auch an Donald Trump. Seine oftmals kontroversen und provokanten Äußerungen erhitzen die Gemüter. Die wenigsten hätten ursprünglich gedacht, dass er schließlich der republikanische Präsidentschaftskandidat sein wird. Und der Wahlkampf sagt viel über die Gespaltenheit in der US-amerikanischen Gesellschaft aus.

Zudem werden im US-Wahlkampf viele Themen angesprochen, die auch die Menschen in Europa umtreiben: Einwanderung und Integration, verlorenes Vertrauen in die Politik und ihre Institutionen, wachsende Ungleichheit – das sind Themen, die auch die deutschen Wähler 2017 bewegen werden.

### **Vor welchen Herausforderungen stehen die USA?**

Im Vergleich zu den letzten Präsidentschaftswahlen 2012 stehen die USA heute wirtschaftlich deutlich besser da. Das BIP wächst langsam, aber stetig, und die Arbeitslosigkeit ist inzwischen auf etwa fünf Prozent gesunken. Aber auch die neue Administration muss sich großen Herausforderungen stellen: Die USA sind nach wie vor hoch verschuldet. Beim Ausbau der Infrastruktur, des Bildungs- und des Gesundheitssystems müssen neue Impulse gesetzt werden.



Auch gesellschaftlich muss die nächste Präsidentin oder der nächste Präsident dringende Themen angehen. Die USA sind in sich gespalten. Immer mehr Menschen fühlen sich durch die Politik unverstanden. Massive Einkommensunterschiede und ein Mangel an sozialer Mobilität machen den „*American Dream*“ für viele unerreichbar. Nachdem der bisherige Wahlkampf von einer Rhetorik der Abgrenzung geprägt war – zumindest auf Seiten Trumps –, wird die Herausforderung nach der Wahl sein, die Gesellschaft zu einen.

## Quellenverzeichnis

American Society of Civil Engineers, *2013 Report Card for America's Infrastructure*, <<http://www.infrastructurereportcard.org/>> (eingesehen am 25.8.2016).

Auxier, Richard C. et al., *An Analysis of Hillary Clinton's Tax Proposals*, Tax Policy Center, 3.3.2016, <<http://www.taxpolicycenter.org/publications/analysis-hillary-clintons-tax-proposals/full>> (eingesehen am 29.8.2016).

Brady, David und Douglas River, *Explaining the Trump Phenomenon*, 12.3.2016, <[http://www.realclearpolitics.com/articles/2016/03/12/explaining\\_the\\_trump\\_phenomenon\\_\\_129953.html](http://www.realclearpolitics.com/articles/2016/03/12/explaining_the_trump_phenomenon__129953.html)> (eingesehen am 1.9.2016).

Cole, Alan, *Details and Analysis of Donald Trump's Tax Plan*, Tax Policy Center, 10.9.2016, <<http://taxfoundation.org/article/details-and-analysis-donald-trump-tax-reform-plan-september-2016>> (eingesehen am 21.9.2016).

Committee for a Responsible Federal Budget, *Analysis of Donald Trump's Health Care Plan*, 9.5.2016, <<http://crfb.org/blogs/analysis-donald-trumps-health-care-plan>> (eingesehen am 15.09.2016).

Congressional Budget Office, *The Long Term Budget Outlook*, Juli 2016, <<https://www.cbo.gov/sites/default/files/114th-congress-2015-2016/reports/51580-LTBO-One-Col-2.pdf>>.

DeSilver, Drew, *U.S. Students Improving – Slowly – in Math and Science, but Still Lagging Internationally*, *Pew Research Center*, 2.2.2015, <<http://www.pewresearch.org/fact-tank/2015/02/02/u-s-students-improving-slowly-in-math-and-science-but-still-lagging-internationally/>> (eingesehen am 29.8.2016).

Deutsche Bundesbank, *Zeitreihen-Datenbanken, Außenwirtschaft, Effektive Wechselkurse des Euro*, <[http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen\\_Datenbanken/Aussenwirtschaft/aussenwirtschaft\\_node.html](http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Aussenwirtschaft/aussenwirtschaft_node.html)> (eingesehen am 4.10.2016).

Eibner, Christina und Sarah Nowak, *Evaluating the CARE Act: Implications of a Proposal to Repeal and Replace the Affordable Care Act*, 2016, The Commonwealth Fund, <[http://www.commonwealthfund.org/~media/files/publications/fund-report/2016/may/1878\\_eibner\\_evaluating\\_care\\_act.pdf](http://www.commonwealthfund.org/~media/files/publications/fund-report/2016/may/1878_eibner_evaluating_care_act.pdf)>.

Federal Reserve Bank of New York, *Household Debt and Credit Report*, <<https://www.newyorkfed.org/microeconomics/hhdc.html>> (eingesehen am 30.9.2016).

Federal Reserve Bank of New York, *Quarterly Report on Household Debt and Credit*, August 2016, <[https://www.newyorkfed.org/medialibrary/interactives/householdcredit/data/pdf/HHDC\\_2016Q2.pdf](https://www.newyorkfed.org/medialibrary/interactives/householdcredit/data/pdf/HHDC_2016Q2.pdf)>.

Gallup, *Congress and the Public*, <<http://www.gallup.com/poll/1600/congress-public.aspx>> (eingesehen am 1.9.2016).

Gallup, *Presidential Approval Ratings – Barack Obama*, <<http://www.gallup.com/poll/116479/barack-obama-presidential-job-approval.aspx>> (eingesehen am 1.9.2016).

Ge, Mengpin et al., *Six Graphs Explain the World's Top 10 Emitters*, World Resources Institute, 25.11.2014, <<http://www.wri.org/blog/2014/11/6-graphs-explain-world%E2%80%99s-top-10-emitters>> (eingesehen am 29.9.2016).

IWF, *World Economic Outlook October 2016*, Oktober 2016, <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2016/02/index.htm?cmpid=Obanner>> (eingesehen am 10.10.2016).

Krogstad, J. M., et al., „5 Facts about Illegal Immigration in the U.S.“, *Pew Research Center*, 20.9.2016, <<http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/09/20/5-facts-about-illegal-immigration-in-the-u-s/>> (eingesehen am 20.9.2016).

Luna, Delaney, „Dodd-Frank and Wall Street Reform: What’s Next“, in: *Georgetown Public Policy Review*, 19.8.2016 <<http://gppreview.com/2016/08/19/dodd-frank-wall-street-reform-whats-next/>> (eingesehen am 29.9.2016).

Nager, Adams et al., *The Demographics of Innovation in the United States*, Information Technology & Innovation Foundation, 24.2.2016, <[http://www2.itif.org/2016-demographics-of-innovation.pdf?\\_ga=1.132270542.1145077110.1474445192](http://www2.itif.org/2016-demographics-of-innovation.pdf?_ga=1.132270542.1145077110.1474445192)> (eingesehen am 21.9.2016).

Noland, Marcus et al., *Assessing Trade Agendas in the US Presidential Campaign*, Peterson Institute for International Economics, September 2016.

OECD Stat, *Income Distribution and Poverty*, <<http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=66670#>> (eingesehen am 12.09.2016).

Pew Research Center, *Clinton, Trump Supporters Have Starkly Different Views of a Changing Nation*, 18.8.2016, <<http://www.people-press.org/2016/08/18/clinton-trump-supporters-have-starkly-different-views-of-a-changing-nation/>> (eingesehen am 30.8.2016).

Real Clear Politics, <[http://www.realclearpolitics.com/epolls/latest\\_polls/](http://www.realclearpolitics.com/epolls/latest_polls/)>.

Roll Call, *Roll Call's 2016 Election Guide*, <<http://data.rollcall.com/electionguide/>> (eingesehen am 29.9.2016).

Sabato, Larry J., Kyle Kondik und Geoffrey Skelley, „Republicans 2016: What to Do With the Donald?“, in: *Sabato's Crystal Ball*, 13.8.2015, <<http://www.centerforpolitics.org/crystalball/articles/republicans-2016-what-to-do-with-the-donald/>> (eingesehen am 5.8.2016).

Squire Patton Boggs, *The Tax Reform Winds are Blowing – What You Need to Know About Developments Around the Globe*, 2.7.2016, <<http://www.squirepattonboggs.com/~media/files/insights/publications/2016/07/the-tax-reform-winds-are-blowing/23902taxrecentglobaltaxpolicydevelopments.pdf>> (eingesehen am 26.09.2016).

Statista, *Anteil der Top-1-Prozent an den privaten Einkommen in den USA in den Jahren 1913 bis 2014*, <<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/293889/umfrage/anteil-der-top-1-prozent-am-einkommen-in-den-usa/>> (eingesehen am 2.9.2016).

The Conference Board, *Consumer Confidence Survey. The Conference Board Consumer Confidence Index Increased in September*, 27.9.2016, <<https://www.conference-board.org/data/consumerconfidence.cfm>> (eingesehen am 4.10.2016).

The White House, *Historical Tables*, <<https://www.whitehouse.gov/omb/budget/Historicals>> (eingesehen am 4.10.2016).

U.S. Bureau of Economic Analysis, <<http://www.bea.gov/>>.

U.S. Bureau of Labor Statistics, <<http://www.bls.gov/>>.

U.S. Bureau of Labor Statistics, *A Profile of the Working Poor, 2014*, April 2016,  
<[http://www.bls.gov/opub/reports/working-poor/2014/home.htm#\\_edn1](http://www.bls.gov/opub/reports/working-poor/2014/home.htm#_edn1)> (eingesehen am 2.9.2016).

U.S. Department of Housing and Urban Development, *National Housing Market Summary*, Juni 2016,  
<[https://www.huduser.gov/portal/sites/default/files/pdf/NationalSummary\\_1q16.pdf](https://www.huduser.gov/portal/sites/default/files/pdf/NationalSummary_1q16.pdf)>.

U.S. Energy Information Administration, *Short-Term Energy Outlook September 2016*, September 2016,  
<[http://www.eia.gov/forecasts/steo/pdf/steo\\_full.pdf](http://www.eia.gov/forecasts/steo/pdf/steo_full.pdf)>.

United Nations Statistics Division, <<http://unstats.un.org/unsd/default.htm>>.

„Why American Wage Growth is So Lousy“, in: *The Economist*, 13.4.2015,  
<<http://www.economist.com/blogs/economist-explains/2015/04/economist-explains-12>> (eingesehen am 18.8.2016).

## Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)  
Breite Straße 29, 10178 Berlin  
www.bdi.eu  
T: +49 30 2028-0

## Autoren

Marietta Angeli

Julia Howald  
T: +49 30 2028-1483  
j.howald@bdi.eu

Dr. Stormy-Annika Mildner  
T: +49 30 2028-1562  
s.mildner@bdi.eu